

Bundesgesetzblatt ¹¹⁶⁹

Teil II

G 1998

2000

Ausgegeben zu Bonn am 22. September 2000

Nr. 29

Tag	Inhalt	Seite
15. 9. 2000	Gesetz zu dem Protokoll vom 14. Dezember 1998 zur Änderung des am 3. Dezember 1980 in Bonn unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern <small>GESTA: XD007</small>	1170
9. 9. 2000	Verordnung zu der ECE-Regelung Nr. 107 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung großer Doppelstockfahrzeuge zur Personenbeförderung hinsichtlich ihrer allgemeinen Konstruktionsmerkmale (Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 107)	1177
4. 8. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-ukrainischen Abkommens über den Luftverkehr	1178
7. 8. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Durchführung des Teiles XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982	1178
7. 8. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-kasachischen Vertrags über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik	1180
8. 8. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden	1180
8. 8. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und des deutsch-slowenischen Abkommens über Kriegsgräber	1181
9. 8. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal	1181
14. 8. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung eines Internationalen Verbandes für die Veröffentlichung der Zollltarife	1182
24. 8. 2000	Bekanntmachung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999	1182
24. 8. 2000	Bekanntmachung zum Europäischen Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über den Straßenverkehr	1200

Die ECE-Regelung wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

Gesetz
zu dem Protokoll vom 14. Dezember 1998
zur Änderung des am 3. Dezember 1980 in Bonn
unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern

Vom 15. September 2000

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Washington am 14. Dezember 1998 unterzeichneten Protokoll zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Änderung des am 3. Dezember 1980 in Bonn unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern (BGBl. 1982 II S. 846) und dem Notenwechsel vom 30. August 1999 wird zugestimmt. Das Protokoll und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Soweit das Protokoll auf Grund seines Artikels 5 Abs. 3 auf Antrag für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, sind bereits ergangene Steuerfestsetzungen zu ändern oder aufzuheben. Steuerfestsetzungen sind zum Zwecke der Steueranrechnung auch zu ändern, soweit sie auf Grund eines Antrags auf Aufhebung oder Herabsetzung der Nachlasssteuer der Vereinigten Staaten von Amerika erforderlich werden. Das gilt auch dann, wenn die Festsetzungsfrist abgelaufen ist. Die sich nach den Sätzen 2 und 3 ergebende deutsche und amerikanische Steuer darf nicht höher sein als die Steuer vor Änderung der Steuerfestsetzung.

Artikel 3

Auf die von dem Protokoll erfassten Personen wird § 2 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 und 2 Buchstabe b des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes mit der Maßgabe angewandt, dass anstelle der dort genannten Frist von fünf Jahren eine Frist von zehn Jahren gilt.

Artikel 4

Das Bundesministerium der Finanzen kann den Wortlaut des durch dieses Gesetz geänderten Abkommens in der vom Inkrafttreten des Protokolls und des Notenwechsels an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 5

(1) Die Artikel 2, 3 und 5 Abs. 3 treten an dem Tag in Kraft, an dem das Protokoll in Kraft tritt. Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 5 Abs. 2 und der Notenwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

(3) Artikel 3 dieses Gesetzes ist erstmals auf nach dem Inkrafttreten des Protokolls und des Notenwechsels eintretende Todesfälle und Schenkungen anzuwenden.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 15. September 2000

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Eichel

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Protokoll
zur Änderung des am 3. Dezember 1980
in Bonn unterzeichneten Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern

Protocol
amending the Convention
between the Federal Republic of Germany
and the United States of America
for the Avoidance of Double Taxation
with respect to Taxes on Estates, Inheritances, and Gifts,
signed at Bonn on December 3, 1980

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Vereinigten Staaten von Amerika –

The Federal Republic of Germany
and
the United States of America –

in dem Wunsch, ein Protokoll zur Änderung des am 3. Dezember 1980 in Bonn unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern (im folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) zu vereinbaren –

desiring to conclude a Protocol to amend the Convention between the Federal Republic of Germany and the United States of America for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Estates, Inheritances, and Gifts, signed at Bonn on December 3, 1980 (hereinafter referred to as “the Convention”) –

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

Artikel 1

Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe c des Abkommens (Steuerlicher Wohnsitz) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„c) hatte sie im anderen Vertragsstaat ihren Wohnsitz aufgrund des Absatzes 1 für die Dauer von nicht mehr als 10 Jahren gehabt.“

Article 1

Subparagraph c) of paragraph 3 of Article 4 (Fiscal Domicile) of the Convention shall be replaced by the following:

“c) by reason of the provisions of paragraph 1 domiciled in the other Contracting State for not more than ten years.”

Artikel 2

Am Ende von Artikel 10 Absatz 4 des Abkommens (Abzüge und Befreiungen) wird folgender Satz angefügt:

„Dieser Absatz findet keine Anwendung auf Staatsangehörige der Vereinigten Staaten von Amerika mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland oder ehemalige Staatsangehörige oder langfristig Ansässige der Vereinigten Staaten von Amerika im Sinne des Artikels 11 Absatz 1 Buchstabe a.“

Article 2

The following sentence shall be added to the end of paragraph 4 of Article 10 (Deductions and Exemptions) of the Convention:

“The provisions of this paragraph shall not apply to a citizen of the United States of America domiciled in the Federal Republic of Germany or a former citizen or long-term resident of the United States of America referred to in subparagraph a) of paragraph 1 of Article 11.”

Artikel 3

Artikel 10 des Abkommens (Abzüge und Befreiungen) werden die folgenden neuen Absätze 5 und 6 angefügt:

„(5) Bei der Festsetzung der von den Vereinigten Staaten von Amerika erhobenen Erbschaftsteuer wird auf den Nachlaß eines Erblassers (der nicht Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika ist), der im Zeitpunkt seines Todes seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland hatte, ein Anrechnungsbetrag in Höhe des größeren der folgenden Beträge gewährt:

a) des Betrags, der das gleiche Verhältnis zu der nach dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika auf den Nachlaß eines Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten von Amerika gewährten Anrechnung ergibt wie der Wert des Teils des Bruttonachlasses des Erblassers, der sich im Zeitpunkt sei-

Article 3

New paragraphs 5 and 6 shall be added to Article 10 (Deductions and Exemptions) of the Convention as follows:

“5. In determining the estate tax imposed by the United States of America, the estate of a decedent (other than a citizen of the United States of America) who was domiciled in the Federal Republic of Germany at the time of the decedent’s death shall be allowed a unified credit equal to the greater of:

a) The amount that bears the same ratio to the credit allowed to the estate of a citizen of the United States of America under the law of the United States of America as the value of the part of the decedent’s gross estate that at the time of the decedent’s death is situated in the United States of America

nes Todes in den Vereinigten Staaten von Amerika befindet, zu dem Wert des gesamten Bruttonachlasses des Erblassers, ungeachtet dessen, wo er sich befindet; oder

- b) der Anrechnungsbetrag, der nach dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika auf den Nachlaß einer nicht ansässigen Person gewährt wird, die kein Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika ist.

Ein andernfalls nach diesem Absatz zulässiger Anrechnungsbetrag wird um den Betrag einer früher auf eine vom Erblasser vorgenommene Schenkung gewährten Anrechnung gekürzt. Für die Zwecke des Buchstabens a darf der in den Vereinigten Staaten von Amerika befindliche Teil des Bruttonachlasses des Erblassers den Teil seines Bruttonachlasses nicht übersteigen, der von den Vereinigten Staaten von Amerika nach Maßgabe dieses Abkommens besteuert werden kann. Ein andernfalls nach Buchstabe a zulässiger Anrechnungsbetrag wird nur gewährt, wenn alle erforderlichen Informationen zur Überprüfung und Berechnung des Anrechnungsbetrags zur Verfügung gestellt werden.

(6) Bei der Festsetzung der von den Vereinigten Staaten von Amerika erhobenen Erbschaftsteuer wird der Wert des Nachlasses eines Erblassers ermittelt, indem vom Wert des Bruttonachlasses ein Betrag in Höhe des Wertes von Vermögensanteilen abgezogen wird, die auf den überlebenden Ehegatten des Erblassers (im Sinne des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika) übergehen und für die nach dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika Anspruch auf einen Ehegattenfreibetrag bei der Erbschaftsteuer bestehen würde, wenn der überlebende Ehegatte ein Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika wäre und alle zur Verfügung stehenden Wahlrechte ordnungsgemäß wahrgenommen würden (im folgenden als „anspruchsberechtigtes Vermögen“ bezeichnet). Für den Nachlaß des Erblassers besteht Anspruch auf einen solchen Ehegattenfreibetrag, sofern

- a) der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes seinen Wohnsitz entweder in der Bundesrepublik Deutschland oder in den Vereinigten Staaten von Amerika hatte,
- b) der überlebende Ehegatte im Zeitpunkt des Todes des Erblassers seinen Wohnsitz entweder in der Bundesrepublik Deutschland oder in den Vereinigten Staaten von Amerika hatte,
- c) falls sowohl der Erblasser als auch sein überlebender Ehegatte ihren Wohnsitz im Zeitpunkt des Todes des Erblassers in den Vereinigten Staaten von Amerika hatten, einer von ihnen oder beide deutsche Staatsangehörige waren, und
- d) der Nachlaßverwalter die Vergünstigungen nach diesem Absatz beansprucht und unwiderruflich auf die Vergünstigungen anderweitiger Ehegattenfreibeträge bei der Erbschaftsteuer verzichtet, die nach dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika aufgrund einer amerikanischen Erbschaftsteuererklärung gewährt würden, die bis zu dem Tag, bis zu dem nach dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika ein Treuhandvermögen (qualified domestic trust) errichtet werden könnte, für den Nachlaß des Erblassers abgegeben wird.

Der nach diesem Absatz gewährte Ehegattenfreibetrag entspricht dem Wert des anspruchsberechtigten Vermögens oder dem geltenden Steuerfreibetrag (im Sinne des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika, der ohne Rücksicht auf eine etwaige vom Erblasser früher vorgenommene Schenkung festgesetzt wird), je nachdem, welcher geringer ist.“

Artikel 4

Artikel 11 Absatz 1 des Abkommens (Anrechnung) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(1) Dieses Abkommen schließt nicht aus, daß

- a) die Vereinigten Staaten von Amerika den Nachlaß (die Schenkung) eines Erblassers (Schenkers), der im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenkung

bears to the value of the decedent's entire gross estate wherever situated; or

- b) The unified credit allowed to the estate of a nonresident not a citizen of the United States of America under the law of the United States of America.

The amount of any unified credit otherwise allowable under this paragraph shall be reduced by the amount of any credit previously allowed with respect to any gift made by the decedent. For purposes of subparagraph a), the part of the decedent's gross estate that is situated in the United States of America shall not exceed the part of the decedent's gross estate that may be taxed by the United States of America in accordance with this Convention. A credit otherwise allowable under subparagraph a) shall be allowed only if all information necessary for the verification and computation of the credit is provided.

6. In determining the estate tax imposed by the United States of America, the value of the decedent's taxable estate shall be determined by deducting from the value of the gross estate an amount equal to the value of any interest in property that passes to the decedent's surviving spouse (within the meaning of the law of the United States of America) and that would qualify for the estate tax marital deduction under the law of the United States of America if the surviving spouse were a citizen of the United States of America and all applicable elections were properly made (hereinafter referred to as "qualifying property"). The decedent's estate shall be entitled to such marital deduction provided that:

- a) At the time of the decedent's death, the decedent was domiciled in either the Federal Republic of Germany or the United States of America;
- b) The decedent's surviving spouse was at the time of the decedent's death domiciled in either the Federal Republic of Germany or the United States of America;
- c) If both the decedent and the decedent's surviving spouse were domiciled in the United States of America at the time of the decedent's death, one or both was a citizen of the Federal Republic of Germany; and
- d) The executor of the decedent's estate elects the benefits of this paragraph and irrevocably waives the benefits of any other estate tax marital deduction that would be allowed under the law of the United States of America on a United States estate tax return filed for the decedent's estate by the date on which a qualified domestic trust election could be made under the law of the United States of America.

The marital deduction allowed under this paragraph shall be equal to the lesser of the value of the qualifying property or the applicable exclusion amount (within the meaning of the law of the United States of America, determined without regard to any gift previously made by the decedent).“

Article 4

Paragraph 1 of Article 11 (Credits) of the Convention shall be replaced by the following:

“1. The provisions of this Convention shall not preclude

- a) the United States of America from taxing in accordance with its law the estate of a decedent or the gift of a donor who, at his death or at the making of the gift, was:

- i) Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika war,
 - ii) seinen Wohnsitz im Sinne des Artikels 4 in den Vereinigten Staaten von Amerika hatte oder
 - iii) ein ehemaliger Staatsangehöriger oder langfristig Ansässiger war, der diesen Status unter anderem hauptsächlich wegen der Umgehung von Steuern (im Sinne des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika) verloren hat, jedoch nur für einen Zeitraum von zehn Jahren nach dem Verlust, nach ihrem Recht besteuern;
- b) die Bundesrepublik Deutschland einen Erben, Beschenkten oder sonstigen Begünstigten, der im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung seinen Wohnsitz im Sinne des Artikels 4 in der Bundesrepublik Deutschland hatte, nach ihrem Recht besteuert.

Artikel 10 Absätze 2, 3 und 4, die Absätze 2, 3, 4 und 5 dieses Artikels und Artikel 13, beziehungsweise Artikel 10 Absätze 5 oder 6 in bezug auf Nachlässe von anderen Personen als den im vorhergehenden Satz genannten ehemaligen Staatsangehörigen oder langfristig Ansässigen, bleiben unberührt.“

Artikel 5

(1) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation nach Maßgabe der in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika geltenden Verfahren; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Protokoll tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist bei den danach eintretenden Todesfällen anzuwenden.

(3) Unbeschadet des Absatzes 2 sind die Artikel 3 und 4 dieses Protokolls ungeachtet einer nach dem Recht eines Vertragsstaats festgesetzten Befristung für die Veranlagung, Neuveranlagung oder Erstattung im Zusammenhang mit der Erklärung einer Person oder eines Nachlasses bei Todesfällen anzuwenden, die nach dem 10. November 1988 eingetreten sind, vorausgesetzt, die Erklärung oder der Erstattungsantrag, mit denen ein Anspruch auf die Vergünstigungen nach diesem Protokoll geltend gemacht wird, wird innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Protokolls oder innerhalb der sonst für diese Anträge nach dem innerstaatlichen Recht geltenden Frist eingereicht.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Washington am 14. Dezember 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Jürgen Chrobog

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
Barbara J. Griffiths

The preceding sentence shall not, however, apply to paragraphs 2, 3 and 4 of Article 10, paragraphs 2, 3, 4 and 5 of this Article, and Article 13; or paragraphs 5 or 6 of Article 10 as applied to the estates of persons other than former citizens and long-term residents referred to in the preceding sentence.”

Article 5

1. This Protocol shall be subject to ratification in accordance with the applicable procedures in the Federal Republic of Germany and the United States of America and instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

2. This Protocol shall enter into force upon the exchange of instruments of ratification and shall have effect with respect to deaths occurring after that date.

3. Notwithstanding the foregoing provisions of paragraph 2 of this Article, Articles 3 and 4 of this Protocol shall, notwithstanding any limitation imposed under the law of a Contracting State on the assessment, reassessment or refund with respect to a person's or estate's return, have effect with respect to deaths occurring after November 10, 1988, provided that any return or claim for refund asserting the benefits of this Protocol shall be filed within one year of the date on which this Protocol enters into force or within the otherwise applicable period for filing such claims under domestic law.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Protocol.

Done at Washington, in duplicate, this fourteenth day of December 1998, in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Washington, D.C., 30. August 1999

Frau Ministerin,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 27. August 1999 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

"I have the honor to refer to the Protocol Amending the Convention Between the United States of America and the Federal Republic of Germany for the Avoidance of Double Taxation with Respect to Taxes on Estates, Inheritances, and Gifts, Signed at Bonn on December 3, 1980, signed at Washington on December 14, 1998 (the "Protocol") and to propose on behalf of the Government of the United States that the two Governments agree upon the following corrections to the texts:

I. With respect to the English version

1) With reference to Article 5, paragraph 2.

The term "and gifts made" shall be inserted after "occurring".

2) With reference to Article 5, paragraph 3.

The term "and gifts made" shall be inserted after "occurring".

II. With respect to the German version

1) With reference to Article 5, paragraph 2.

The term "und danach gemachten Schenkungen" shall be inserted after "Todesfällen".

2) With reference to Article 5, paragraph 3.

The term "und Schenkungen" shall be inserted after "Todesfällen" and the term "beziehungsweise gemacht wurden" shall be inserted after "eingetreten sind".

If the foregoing corrections of the Protocol meet with the approval of the Government of the Federal Republic of Germany, this note and your affirmative note in reply will be considered a correction of the Protocol which will become a part of the official treaty record."

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass meine Regierung den in Ihrer Note enthaltenen Vorschlägen zustimmt.

Genehmigen Sie, Frau Ministerin, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Jürgen Chrobog

Ihrer Exzellenz
der Außenministerin der Vereinigten Staaten
Frau Madeleine Albright

Washington, D.C.

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Washington, D.C., 30. August 1999

Frau Ministerin,

ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 27. August 1999 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Ich beehre mich, auf das am 14. Dezember 1998 in Washington unterzeichnete Protokoll zur Änderung des am 3. Dezember 1980 in Bonn unterzeichneten Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern (das „Protokoll“) Bezug zu nehmen und im Namen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vorzuschlagen, dass beide Regierungen folgende Textänderungen vereinbaren:

I. In Bezug auf die englische Fassung

1) Zu Artikel 5 Absatz 2

Nach dem Wort „occurring“ werden die Worte „and gifts made“ eingefügt.

2) Zu Artikel 5 Absatz 3

Nach dem Wort „occurring“ werden die Worte „and gifts made“ eingefügt.

II. In Bezug auf die deutsche Fassung

1) Zu Artikel 5 Absatz 2

Nach dem Wort „Todesfällen“ werden die Worte „und danach gemachten Schenkungen“ eingefügt.

2) Zu Artikel 5 Absatz 3

Nach dem Wort „Todesfällen“ werden die Worte „und Schenkungen“ eingefügt, und nach den Worten „eingetreten sind“ werden die Worte „beziehungsweise gemacht wurden“ eingefügt.

Falls die genannten Änderungen des Protokolls die Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland finden, werden diese Note und Ihre das Einverständnis zum Ausdruck bringende Antwortnote als Änderung des Protokolls betrachtet, die Eingang in das offizielle Vertragsdokument finden wird.“

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass meine Regierung den in Ihrer Note enthaltenen Vorschlägen zustimmt.

Genehmigen Sie, Frau Ministerin, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Jürgen Chrobog

Ihrer Exzellenz
der Außenministerin der Vereinigten Staaten
Frau Madeleine Albright
Washington, D.C.

**Verordnung
zu der ECE-Regelung Nr. 107
über einheitliche Bedingungen
für die Genehmigung großer Doppelstockfahrzeuge
zur Personenbeförderung
hinsichtlich ihrer allgemeinen Konstruktionsmerkmale
(Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 107)¹⁾**

Vom 9. September 2000

Auf Grund des Artikels 2 Satz 1 des Gesetzes vom 20. Mai 1997 zur Revision des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1997 II S. 998) in Verbindung mit Artikel 56 des Zuständigkeitsanpassungs-Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBl. I S. 705) und dem Organisationserlass vom 27. Oktober 1998 (BGBl. I S. 3288) verordnet das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 1 der Revision 2 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene ECE-Regelung Nr. 107 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung großer Doppelstockfahrzeuge zur Personenbeförderung hinsichtlich ihrer allgemeinen Konstruktionsmerkmale wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Regelung wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung veröffentlicht.²⁾

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 18. Juni 1998 in Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die ECE-Regelung Nr. 107 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Berlin, den 9. September 2000

Der Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Reinhard Klimmt

¹⁾ Die Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. EG Nr. 204 S. 37), zuletzt geändert durch die Richtlinie 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 1998 (ABl. EG Nr. L 217 S. 18), sind beachtet worden.

²⁾ Die ECE-Regelung Nr. 107 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlages übersandt.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-ukrainischen Abkommens über den Luftverkehr**

Vom 4. August 2000

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. April 1996 zu dem Abkommen vom 10. Juni 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ukraine über den Luftverkehr (BGBl. 1996 II S. 642) wird hiermit bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 20 Abs. 1 am 15. März 1999

in Kraft getreten ist.

Diese Bekanntmachung ersetzt die Bekanntmachung vom 15. Mai 2000 (BGBl. II S. 841).

Berlin, den 4. August 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Durchführung des Teiles XI
des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982**

Vom 7. August 2000

I.

Das Übereinkommen vom 28. Juli 1994 zur Durchführung des Teiles XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (BGBl. 1994 II S. 2565, 3796; 1997 II S. 1327, 1402) ist nach seinem Artikel 4 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 6 Abs. 2 für

Indonesien	am	3. Juli 2000
Nicaragua	am	2. Juni 2000
Ukraine	am	25. August 1999

in Kraft getreten.

II.

Die Ukraine hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 26. Juli 1999 folgende Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

„Declarations (Courtesy Translation)
(Original: Ukrainian)

„Erklärungen (Übersetzung)
(Original: Ukrainisch)

1. Ukraine declares that, in accordance with article 287 of the United Nations Convention on the Law of the Sea of 1982, it chooses as the principal means for the settlement of disputes concerning the interpretation or application of this Convention an arbitral tribunal constituted in accordance with Annex VII. For the consideration of disputes concerning the interpretation or application of the Convention in re-

1. Die Ukraine erklärt, dass sie nach Artikel 287 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 als wichtigstes Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Seerechtsübereinkommens ein in Übereinstimmung mit Anlage VII gebildetes Schiedsgericht wählt. Zur Prüfung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Seerechtsübereinkommens in Be-

spect of questions relating to fisheries, protection and preservation of the marine environment, marine scientific research and navigation, including pollution from vessels and by dumping, Ukraine chooses a special arbitral tribunal constituted in accordance with Annex VIII.

Ukraine recognises the competence, as stipulated in article 292 of the Convention, of the International Tribunal for the Law of the Sea in respect of questions relating to the prompt release of detained vessels or their crews.

2. Ukraine declares, in accordance with article 298 of the Convention, that it does not accept, unless otherwise provided by specific international treaties of Ukraine with relevant States, the compulsory procedures entailing binding decisions for the consideration of disputes relating to sea boundary delimitations, disputes involving historic bays or titles, and disputes concerning military activities.
3. Ukraine declares, taking into account articles 309 and 310 of the Convention, that it objects to any statements or declarations, irrespective of when such statements or declarations were or may be made, that may result in a failure to interpret the provisions of the Convention in good faith, or are contrary to the ordinary meaning of terms in the context of the Convention or its object and purpose.
4. As a geographically disadvantaged country bordering a sea poor in living resources, Ukraine reaffirms the necessity to develop international co-operation for the exploitation of the living resources of economic zones, on the basis of just and equitable agreements that should ensure the access to fishing resources in the economic zones of other regions and subregions."

zug auf Fragen betreffend Fischerei, Schutz und Bewahrung der Meeresumwelt, wissenschaftliche Meeresforschung und Schifffahrt, einschließlich der Verschmutzung durch Schiffe und durch Einbringen, wählt die Ukraine ein in Übereinstimmung mit Anlage VIII gebildetes besonderes Schiedsgericht.

Die Ukraine erkennt die in Artikel 292 des Seerechtsübereinkommens festgelegte Zuständigkeit des Internationalen Seegerichtshofs in Bezug auf Fragen betreffend die sofortige Freigabe zurückgehaltener Schiffe und Besatzungen an.

2. Die Ukraine erklärt nach Artikel 298 des Seerechtsübereinkommens, dass sie, sofern nicht in besonderen völkerrechtlichen Verträgen zwischen der Ukraine und betroffenen Staaten etwas anderes vorgesehen ist, den obligatorischen Verfahren nicht zustimmt, die bindende Entscheidungen zur Prüfung von Streitigkeiten betreffend die Abgrenzung von Meeresgebieten, von Streitigkeiten über historische Buchten oder historische Rechtstitel und von Streitigkeiten über militärische Handlungen nach sich ziehen.
3. Die Ukraine erklärt unter Berücksichtigung der Artikel 309 und 310 des Seerechtsübereinkommens, dass sie gegen jede Erklärung ungeachtet des Zeitpunkts ihrer Abgabe Einspruch erhebt, die dazu führen kann, dass das Seerechtsübereinkommen nicht in gutem Glauben ausgelegt werden kann, oder die im Widerspruch zur üblichen Bedeutung der Begriffe im Rahmen des Seerechtsübereinkommens oder zu seinem Ziel und Zweck steht.
4. Als geographisch benachteiligtes Land, das Anrainer eines an lebenden Ressourcen armen Meeres ist, bekräftigt die Ukraine die Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit zur Ausbeutung der lebenden Ressourcen von Wirtschaftszonen auf der Grundlage gerechter und ausgewogener Übereinkünfte weiterzuentwickeln, welche den Zugang zu Fischressourcen in den Wirtschaftszonen anderer Regionen und Subregionen sicherstellen sollen."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. Juli 1999 (BGBl. II S. 656).

Berlin, den 7. August 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-kasachischen Vertrags
über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik**

Vom 7. August 2000

Der in Bonn am 22. September 1992 unterzeichnete Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kasachstan über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik (BGBl. 1995 II S. 275) ist nach seinem Artikel 24

am 11. Januar 1994

in Kraft getreten.

Gleichzeitig ist nach Artikel 26 dieses Vertrages der gleichnamige Vertrag vom 9. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (BGBl. 1991 II S. 798) im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kasachstan

am 11. Januar 1994

außer Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Februar 1995 (BGBl. II S. 275), die hiermit hinsichtlich des Inkrafttretensdatums berichtigt wird.

Berlin, den 7. August 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1976
zum Internationalen Übereinkommen von 1971
über die Errichtung eines Internationalen Fonds
zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden**

Vom 8. August 2000

Das Protokoll vom 19. November 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1980 II S. 721, 729) ist von Malta mit Wirkung vom 6. Januar 2001 gekündigt worden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. 1999 II S. 10).

Berlin, den 8. August 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Verordnung und des deutsch-slowenischen Abkommens
über Kriegsgräber**

Vom 8. August 2000

Nach Artikel 2 Abs. 2 der Verordnung vom 29. Mai 2000 zu dem Abkommen vom 19. Oktober 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Slowenien über Kriegsgräber (BGBl. 2000 II S. 755) wird hiermit bekannt gemacht, dass die Verordnung nach ihrem Artikel 2 Abs. 1

am 10. Juli 2000

in Kraft getreten ist.

Am gleichen Tag ist das Abkommen vom 19. Oktober 1998 über Kriegsgräber nach seinem Artikel 13 in Kraft getreten.

Berlin, den 8. August 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen
und beigeordnetem Personal**

Vom 9. August 2000

Das Übereinkommen vom 15. Dezember 1994 über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal (BGBl. 1997 II S. 230) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Botsuana	am	31. März 2000
Frankreich	am	9. Juli 2000
Kroatien	am	26. April 2000
Polen	am	21. Juni 2000.

Es wird ferner für

Aserbaidshjan	am	2. September 2000
---------------	----	-------------------

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. Oktober 1999 (BGBl. II S. 1051).

Berlin, den 9. August 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Gründung eines Internationalen Verbandes
für die Veröffentlichung der Zolltarife**

Vom 14. August 2000

Norwegen hat dem Verwahrer des Übereinkommens am 22. März 2000 die Kündigung des Übereinkommens vom 5. Juli 1890 zur Gründung eines Internationalen Verbandes für die Veröffentlichung der Zolltarife nebst Ausführungsbestimmungen und Zeichnungsprotokoll sowie des Änderungsprotokolls vom 16. Dezember 1949 (BAnz. Nr. 51 vom 14. März 1958) notifiziert.

Nach Artikel 15 des Übereinkommens wird die Kündigung am 1. April 2003 wirksam werden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. März 2000 (BGBl. II S. 701).

Berlin, den 14. August 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999**

Vom 24. August 2000

Das von der Bundesrepublik Deutschland in New York am 29. Juni 1999 gezeichnete und für vorläufig anwendbar erklärte Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1999 ist nach seinem Artikel XXIV für die Bundesrepublik Deutschland

am 1. Juli 1999

in Kraft getreten. Die Ratifikationsurkunde wurde am 24. Juli 2000 hinterlegt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Das Übereinkommen von 1999 löst das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1995 (BGBl. 1996 II S. 117, 136) ab.

Bonn, den 24. August 2000

Bundesministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Im Auftrag
Dr. Thofern

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Müller

Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1999

Food Aid Convention, 1999

(Übersetzung)

Contents**Inhaltsübersicht****Preamble****Objectives and Definitions**

Objectives

Definitions

Contributions and Needs

Quantities and Quality

Products

Equivalence

Carryover and Carryforward

Eligible Recipients

Needs

Forms and Terms of Aid

Transport and Delivery

Channelling

Local Purchases and Triangular Transactions

Effectiveness and Impact

Information and Co-ordination

Administration

Food Aid Committee

Powers and Functions

Chairman and Vice-Chairman

Sessions

Secretariat

Defaults and Disputes

Final Provisions

Depositary

Signature and Ratification

Accession

Entry into Force

Duration and Withdrawal

International Grains Agreement

Authentic Texts

Annex A Transport and Other Operational Costs**Annex B** Eligible Recipients**Präambel****Zweck und Begriffsbestimmungen**

Zweck

Begriffsbestimmungen

Part II Beiträge und Bedarf

Mengen und Qualität

Erzeugnisse

Äquivalenz

Übertragbarkeit der Verpflichtung

Empfangsberechtigte

Bedarf

Formen und Bedingungen der Hilfe

Transport und Lieferung

Verteilung

Lokale Käufe und Dreiecksgeschäfte

Effektivität und Wirkung

Information und Koordinierung

Part III Verwaltungsbestimmungen

Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß

Befugnisse und Aufgaben

Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender

Tagungen

Sekretariat

Versäumnisse und Streitigkeiten

Part IV Schlußbestimmungen

Verwahrer

Unterzeichnung und Ratifikation

Beitritt

Inkrafttreten

Geltungsdauer und Rücktritt

Internationale Getreide-Übereinkunft

Verbindliche Wortlaute

Anlage A Transportkosten und sonstige operationelle Kosten**Anlage B** Empfangsberechtigte**Teil I**

Artikel I

Artikel II

Teil II

Artikel III

Artikel IV

Artikel V

Artikel VI

Artikel VII

Artikel VIII

Artikel IX

Artikel X

Artikel XI

Artikel XII

Artikel XIII

Artikel XIV

Teil III

Artikel XV

Artikel XVI

Artikel XVII

Artikel XVIII

Artikel XIX

Artikel XX

Teil IV

Artikel XXI

Artikel XXII

Artikel XXIII

Artikel XXIV

Artikel XXV

Artikel XXVI

Artikel XXVII

Preamble

The Parties to this Convention,

Having reviewed the Food Aid Convention, 1995 and its objective of securing at least 10 million tonnes of food aid annually in the form of grain suitable for human consumption, and wishing to confirm their desire to maintain international co-operation on food aid matters among member governments;

Recalling the Declaration on World Food Security and the World Food Summit Plan of Action adopted in Rome in 1996, in particular the commitment to achieve food security for all and to an ongoing effort to eradicate hunger;

Desiring to enhance the capacity of the international community to respond to food emergency situations and to improve world food security, through the assurance of supplies of food aid irrespective of world food price and supply fluctuations;

Recalling that, in their 1994 Marrakesh decision on measures concerning least-developed countries and net food-importing developing countries, Ministers of WTO member countries agreed to review the level of food aid established under the Food Aid Convention as further elaborated at the 1996 Singapore Ministerial Conference;

Recognising that the recipients and members have their own policies on food aid and related matters, and that the ultimate objective of food aid is the elimination of the need for food aid itself;

Desiring to improve the effectiveness and quality of food aid as a tool in support of food security in developing countries, particularly to alleviate poverty and hunger of the most vulnerable groups, and to improve member co-ordination and co-operation in the field of food aid;

Have agreed on the following:

Part I**Objectives and Definitions****Article I
Objectives**

The objectives of this Convention are to contribute to world food security and to improve the ability of the international community to respond to emergency food situations and other food needs of developing countries by:

- (a) making appropriate levels of food aid available on a predictable basis, as determined by the provisions of this Convention;
- (b) encouraging members to ensure that the food aid provided is aimed particularly at the alleviation of poverty and hunger of the most vulnerable groups, and is consistent with agricultural development in those countries;
- (c) including principles for maximising the impact, the effectiveness and quality of the food aid provided as a tool in support of food security; and,

Präambel

Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –

nach Überprüfung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1995 und nach Überprüfung seines Ziels, mindestens 10 Millionen Tonnen Nahrungsmittelhilfe jährlich in Form von für den menschlichen Verzehr geeignetem Getreide sicherzustellen, sowie in Bekräftigung ihres Wunsches, die internationale Zusammenarbeit der Mitgliedregierungen im Bereich der Nahrungsmittelhilfe aufrechtzuerhalten;

unter Hinweis auf die Erklärung über die Welternährungssicherheit und den Aktionsplan des Welternährungsgipfels, die 1996 in Rom angenommen wurden, und insbesondere unter Hinweis auf die eingegangene Verpflichtung, die Ernährungssicherheit für alle Menschen zu verwirklichen und die Anstrengungen zur Beseitigung des Hungers fortzusetzen;

in dem Wunsch, die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft zu stärken, durch gesicherte Nahrungsmittelhilfeleistungen unabhängig von den Weltmarktpreisen für Nahrungsmittel und von Angebotsschwankungen auf Nahrungsmittelnotlagen zu reagieren und die Welternährungssicherheit zu erhöhen;

unter Hinweis darauf, daß die Minister der WTO-Mitgliedstaaten in ihrem 1994 in Marrakesch gefaßten Beschluß über Maßnahmen in bezug auf am wenigsten entwickelte Länder und Entwicklungsländer, die Nettoeinführer von Nahrungsmitteln sind, vereinbart haben, die Menge der im Rahmen des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens festgelegten Nahrungsmittelhilfe zu überprüfen, was auf der Ministerkonferenz in Singapur von 1996 weiter behandelt wurde;

in der Erkenntnis, daß die Empfänger und die Mitglieder ihre eigene Politik im Bereich der Nahrungsmittelhilfe und der damit verbundenen Fragen verfolgen, und daß es das eigentliche Ziel der Nahrungsmittelhilfe ist, die Nahrungsmittelhilfe unnötig zu machen;

in dem Wunsch, die Wirksamkeit und Qualität der Nahrungsmittelhilfe als Instrument zur Förderung der Ernährungssicherheit in den Entwicklungsländern zu verbessern, insbesondere, um die Armut und den Hunger der schwächsten Bevölkerungsgruppen zu lindern, sowie in dem Wunsch, die Koordinierung und Zusammenarbeit der Mitglieder im Bereich der Nahrungsmittelhilfe zu verstärken –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I**Zweck und Begriffsbestimmungen****Artikel I
Zweck**

Zweck dieses Übereinkommens ist es, zur Welternährungssicherheit beizutragen und die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft zu stärken, auf Nahrungsmittelnotlagen und sonstigen Nahrungsmittelbedarf der Entwicklungsländer zu reagieren, indem

- a) , wie durch dieses Übereinkommen festgelegt, Nahrungsmittelhilfe in angemessener Menge und auf vorhersehbarer Grundlage bereitgestellt wird;
- b) die Mitglieder ermutigt werden, dafür zu sorgen, daß die gelieferte Nahrungsmittelhilfe vor allem der Linderung der Armut und des Hungers der schwächsten Bevölkerungsgruppen dient und mit der landwirtschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern im Einklang steht;
- c) Grundsätze einbezogen werden, um eine größtmögliche Wirkung, Effektivität und Qualität der Nahrungsmittelhilfe als Instrument zur Förderung der Ernährungssicherheit zu erzielen, und

- (d) providing a framework for co-operation, co-ordination and information-sharing among members on food aid related matters to achieve greater efficiency in all aspects of food aid operations and better coherence between food aid and other policy instruments.

- d) ein Rahmen für die Zusammenarbeit, die Koordinierung und den Informationsaustausch unter den Mitgliedern in die Nahrungsmittelhilfe betreffenden Angelegenheiten geschaffen wird, um so in allen Bereichen von Nahrungsmittelhilfemaßnahmen die Effizienz zu steigern und die Nahrungsmittelhilfe besser mit anderen politischen Instrumenten abzustimmen.

Article II
Definitions

- (a) Under this Convention, unless the context otherwise requires, any reference to:
- (i) "c.i.f." means cost, insurance and freight;
 - (ii) "Commitment" means the minimum amount of food aid to be provided annually by a member under Article III (e);
 - (iii) "Committee" means the Food Aid Committee referred to in Article XV;
 - (iv) "Contribution" means the amount of food aid provided and reported to the Committee by a member annually in accordance with the provisions of this Convention;
 - (v) "Convention" means the Food Aid Convention, 1999;
 - (vi) "DAC" means the Development Assistance Committee of OECD;
 - (vii) "Developing country" means any country or territory eligible to receive food aid under Article VII;
 - (viii) "Eligible product" means a product, referred to in Article IV, which may be provided as food aid by a member as its contribution under this Convention;
 - (ix) "Executive Director" means the Executive Director of the International Grains Council;
 - (x) "f.o.b." means free on board;
 - (xi) "Food" or "food aid" includes, as appropriate, a reference to seed for food crops;
 - (xii) "Member" means a party to this Convention;
 - (xiii) "Micronutrients" means vitamins and minerals used to fortify or complement food aid products which are eligible, under Article IV (c), to be counted as a member's contribution;
 - (xiv) "OECD" means the Organisation for Economic Co-operation and Development;
 - (xv) "Products of primary processing" include:
 - cereal flours;
 - cereal groats and cereal meal;
 - other worked cereal grains (e.g. rolled, flaked, polished, pearled and kibbled, but not further prepared) except husked, glazed, polished or broken rice;
 - germ of cereals, whole, rolled, flaked or ground;
 - bulgur; and
 - any other similar grain product which the Committee may decide;
 - (xvi) "Products of secondary processing" include:
 - macaroni, spaghetti and similar products; and

Artikel II
Begriffsbestimmungen

- a) Sofern sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, haben die im folgenden genannten Begriffe in diesem Übereinkommen folgende Bedeutung:
- i) „cif“ bedeutet Kosten, Versicherung und Fracht;
 - ii) „Verpflichtung“ bedeutet die Mindestmenge der von einem Mitglied jährlich nach Artikel III Buchstabe e zu liefernden Nahrungsmittelhilfe;
 - iii) „Ausschuß“ bedeutet den in Artikel XV des Übereinkommens bezeichneten Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß;
 - iv) „Beitrag“ bedeutet die von einem Mitglied nach diesem Übereinkommen jährlich gelieferte und dem Ausschuß gemeldete Nahrungsmittelhilfemenge;
 - v) „Übereinkommen“ bedeutet das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1999;
 - vi) „DAC“ bedeutet den Ausschuß für Entwicklungshilfe der OECD;
 - vii) „Entwicklungsland“ bedeutet ein Land oder Hoheitsgebiet, das nach Artikel VII zum Empfang von Nahrungsmittelhilfe berechtigt ist;
 - viii) „geeignetes Erzeugnis“ bedeutet ein in Artikel IV bezeichnetes Erzeugnis, das von einem Mitglied als Nahrungsmittelhilfebeitrag im Rahmen dieses Übereinkommens geliefert werden kann;
 - ix) „Exekutivdirektor“ bedeutet den Exekutivdirektor des Internationalen Getreiderats;
 - x) „fob“ bedeutet frei an Bord;
 - xi) „Nahrungsmittel“ oder „Nahrungsmittelhilfe“ umfaßt gegebenenfalls auch Saatgut für Nahrungspflanzen;
 - xii) „Mitglied“ bedeutet eine Vertragspartei des Übereinkommens;
 - xiii) „Mikronährstoffe“ bedeutet Vitamine und Mineralstoffe, die zur Anreicherung oder Ergänzung von Erzeugnissen im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe verwendet werden und nach Artikel IV Buchstabe c auf den Beitrag eines Mitglieds angerechnet werden können;
 - xiv) „OECD“ bedeutet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung;
 - xv) „Erstverarbeitungserzeugnisse“ umfaßt
 - Mehl von Getreide;
 - Grobgrieß und Feingrieß von Getreide;
 - Getreidekörner, anders bearbeitet (z.B. gequetscht, als Flocken, poliert, perlformig geschliffen und geschrotet, aber nicht weiter zubereitet), ausgenommen geschälter, glasierter oder polierter Reis oder Bruchreis;
 - Getreidekeime, ganz, gequetscht, als Flocken oder gemahlen;
 - Bulgur und
 - jedes andere ähnliche Getreideerzeugnis, das der Ausschuß bestimmt;
 - xvi) „Zweitverarbeitungserzeugnisse“ umfaßt
 - Makkaroni, Spaghetti und ähnliche Erzeugnisse sowie

- any other product, whose manufacture involves the use of a product of primary processing, which the Committee may decide;
- (xvii) "Rice" includes husked, glazed, polished or broken rice;
- (xviii) "Secretariat" means the Secretariat of the International Grains Council;
- (xix) "Tonne" means a metric ton of 1,000 kilograms;
- (xx) "Transport and other operational costs", as listed in Annex A, mean costs beyond the f.o.b. stage or, in the case of local purchases, beyond the point of purchase, associated with a food aid operation, which may be counted in whole or in part towards a member's contribution;
- (xxi) "Value" means the commitment of a member in a convertible currency;
- (xxii) "Wheat equivalent" means the amount of a member's commitment or contribution as evaluated in accordance with Article V;
- (xxiii) "WTO" means the World Trade Organization;
- (xxiv) "Year" means the period from 1 July to the following 30 June, unless otherwise stated.
- (b) Any reference in this Convention to a "Government" or "Governments" or "member" shall be construed as including a reference to the European Community (hereinafter referred to as the EC). Accordingly, any reference in this Convention to "signature" or to the "deposit of instruments of ratification, acceptance, or approval" or "an instrument of accession" or "a declaration of provisional application" by a Government shall, in the case of the EC, be construed as including signature or declaration of provisional application on behalf of the EC by its competent authority and the deposit of the instrument required by the institutional procedures of the EC to be deposited for the conclusion of an international agreement.
- (c) Any reference in this Convention to a "Government", or "Governments", or "member", shall be understood, where appropriate, to include a reference to any separate customs territory within the meaning of the General Agreement on Tariffs and Trade or of the Agreement Establishing The World Trade Organization.
- jedes andere aus einem Erstverarbeitungsprodukt hergestellte Erzeugnis, das der Ausschuss bestimmt;
- xvii) „Reis“ umfaßt geschälten, glasierten oder polierten Reis oder Bruchreis;
- xviii) „Sekretariat“ bedeutet das Sekretariat des Internationalen Getreiderats;
- xix) „Tonne“ bedeutet eine metrische Tonne von 1 000 kg;
- xx) „Transportkosten und sonstige operationelle Kosten“, wie in Anlage A aufgeführt, bedeutet die über das Fob-Stadium beziehungsweise im Fall lokaler Käufe die über den Kaufort hinausgehenden Kosten im Zusammenhang mit einer Nahrungsmittelhilfemaßnahme, die ganz oder teilweise auf den Beitrag eines Mitglieds angerechnet werden können;
- xxi) „Wert“ bedeutet die Verpflichtung eines Mitglieds in einer konvertierbaren Währung;
- xxii) „Weizen-Äquivalent“ bedeutet die nach Artikel V berechnete Menge der Verpflichtung oder des Beitrags eines Mitglieds;
- xxiii) „WTO“ bedeutet Welthandelsorganisation;
- xxiv) „Jahr“ bedeutet den Zeitraum vom 1. Juli bis 30. Juni des Folgejahres, sofern nichts anderes bestimmt ist.
- b) Jede Bezugnahme in diesem Übereinkommen auf eine „Regierung“ oder „Regierungen“ oder ein „Mitglied“ gilt auch als Bezugnahme auf die Europäische Gemeinschaft (im folgenden als EG bezeichnet). Entsprechend gilt jede Bezugnahme in dem Übereinkommen auf die „Unterzeichnung“, die „Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden“, eine „Beitrittsurkunde“ oder eine „Erklärung über die vorläufige Anwendung“ durch eine Regierung im Fall der EG auch als Bezugnahme auf die Unterzeichnung oder die Erklärung über die vorläufige Anwendung im Namen der EG durch deren zuständige Behörde sowie die Hinterlegung der nach den institutionellen Verfahren der EG für den Abschluß einer internationalen Übereinkunft zu hinterlegenden Urkunde.
- c) Jede Bezugnahme in diesem Übereinkommen auf eine „Regierung“ oder „Regierungen“ oder ein „Mitglied“ gilt gegebenenfalls auch als Bezugnahme auf jedes gesonderte Zollgebiet im Sinne des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens oder des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation.

Part II

Contributions and Needs

Article III

Quantities and Quality

- (a) Members agree to provide food aid to developing countries or the cash equivalent thereof in the minimum annual amounts specified in paragraph (e) below (hereinafter referred to as "the commitment").
- (b) The commitment of each member shall be expressed in either tonnes of wheat equivalent or in value or in a combination of tonnage and value. Members expressing their commitment in value terms shall also specify a guaranteed annual tonnage.
- (c) In the case of members expressing their commitment in value terms or in a combination of tonnage and value, the value may include the transport and other operational costs associated with the food aid operations.
- (d) Whether its commitment is expressed in tonnage, in value, or in a combination of tonnage and value, a member may also

Teil II

Beiträge und Bedarf

Artikel III

Mengen und Qualität

- a) Die Mitglieder erklären sich bereit, Entwicklungsländern Nahrungsmittelhilfe zu liefern oder deren Gegenwert in Geld in den unter Buchstabe e genannten jährlichen Mindestmengen bereitzustellen (im folgenden als die „Verpflichtung“ bezeichnet).
- b) Die Verpflichtung jedes Mitglieds wird entweder in Tonnen Weizen-Äquivalent oder als Wert oder als Kombination aus Menge in Tonnen und Wert ausgedrückt. Mitglieder, die ihre Verpflichtung als Wert angeben, nennen außerdem eine garantierte Jahresmenge in Tonnen.
- c) Geben Mitglieder ihre Verpflichtung als Wert oder als Kombination aus Menge in Tonnen und Wert an, so kann der Wert die im Rahmen der Nahrungsmittelhilfemaßnahme anfallenden Transportkosten und sonstigen operationellen Kosten einschließen.
- d) Unabhängig davon, ob eine Verpflichtung als Menge in Tonnen, als Wert oder als eine Kombination aus Menge in Ton-

include an indicative value representing its total estimated cost, including the transport and other operational costs associated with the food aid operations.

- (e) Subject to the provisions of Article VI, the commitment of each member shall be:

Member	Tonnage ⁽¹⁾ (wheat-equivalent)	Value ⁽¹⁾ (millions)	Total indicative value (millions)
Argentina	35,000	-	-
Australia	250,000	-	A\$ 90 ⁽²⁾
Canada	420,000	-	C\$ 150 ⁽²⁾
European Community and its member States	1,320,000	Euro 130 ⁽²⁾	Euro 422 ⁽²⁾
Japan	300,000	-	-
Norway	30,000	-	NOK 59 ⁽²⁾
Switzerland	40,000	-	-
United States of America	2,500,000	-	US\$ 900 - 1,000 ⁽²⁾

⁽¹⁾ Members shall report their food aid operations in line with the relevant Rules of Procedure.

⁽²⁾ Includes transport and other operational costs.

- (f) Transport and other operational costs, when counted towards a member's commitment, must be incurred as part of a food aid operation which is also eligible to be counted towards a member's commitment.
- (g) In respect of transport and other operational costs, a member cannot count more than the acquisition cost of eligible products towards its commitment, except in the case of internationally recognised emergency situations.
- (h) Any member which has acceded to this Convention under paragraph (b) of Article XXIII shall be deemed to be listed in paragraph (e) of this Article, together with its commitment.
- (i) The commitment of an acceding member referred to in paragraph (h) of this Article shall not be less than 20,000 tonnes or an appropriate value as the Committee may approve. This will normally apply in full starting in the first year during which the country is deemed by the Committee to have acceded to the Convention. However, to facilitate the accession of Governments other than those referred to in paragraph (e) of this Article, the Committee may agree that an acceding member's commitment should be phased in over a period of not more than three years, provided that the commitment is at least 10,000 tonnes or an appropriate value in the first year, and increases by at least 5,000 tonnes a year or an appropriate value in each succeeding year.
- (j) All products provided as food aid shall meet international quality standards, be consistent with the dietary habits and nutritional needs of recipients and, with the exception of seeds, shall be suitable for human consumption.

Article IV
Products

- (a) The following products are eligible to be supplied under this Convention, subject to the specifications set out in the relevant Rules of Procedure:
- (i) grains (wheat, barley, maize, millet, oats, rye, sorghum or triticale) or rice;
 - (ii) grain and rice products of primary or secondary processing;
 - (iii) pulses;

nen und Wert ausgedrückt wird, kann ein Mitglied auch einen Richtwert der geschätzten Gesamtkosten, einschließlich der Transportkosten und sonstigen operationellen Kosten, die mit Nahrungsmittelhilfemaßnahmen verbunden sind, angeben.

- (e) Vorbehaltlich des Artikels VI wird die Verpflichtung der Mitglieder wie folgt festgesetzt:

Mitglied	Menge in Tonnen ¹⁾ (Weizen-Äquivalent)	Wert ¹⁾	Richtwert insgesamt
Argentinien	35 000	-	-
Australien	250 000	-	90 Mio. A\$ ²⁾
Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten	1 320 000	130 Mio. Euro ²⁾	422 Mio. Euro ²⁾
Japan	300 000	-	-
Kanada	420 000	-	150 Mio. C\$ ²⁾
Norwegen	30 000	-	59 Mio. nkr ²⁾
Schweiz	40 000	-	-
Vereinigte Staaten von Amerika	2 500 000	-	900 Mio. - 1 Mrd. US\$ ²⁾

¹⁾ Die Mitglieder melden ihre Nahrungsmittelhilfemaßnahmen nach den einschlägigen Verfahrensregeln.

²⁾ Einschließlich Transportkosten und sonstiger operationeller Kosten.

- (f) Transportkosten und sonstige operationelle Kosten müssen, wenn sie auf die Verpflichtung eines Mitglieds angerechnet werden, als Teil einer Nahrungsmittelhilfemaßnahme angefallen sein, die ihrerseits auf die Verpflichtung des Mitglieds angerechnet werden kann.
- (g) Außer im Falle international anerkannter Notlagen dürfen die Transportkosten und sonstigen operationellen Kosten, die ein Mitglied auf seine Verpflichtung anrechnet, die Beschaffungskosten der geeigneten Erzeugnisse nicht überschreiten.
- (h) Jedes Mitglied, das dem Übereinkommen nach Artikel XXIII Buchstabe b beigetreten ist, gilt zusammen mit seiner Verpflichtung als unter Buchstabe e dieses Artikels aufgeführt.
- (i) Die Verpflichtung eines in Absatz h genannten beitretenden Mitglieds liegt bei mindestens 20 000 Tonnen oder einem entsprechenden Wert, den der Ausschuß genehmigt. Diese Verpflichtung ist grundsätzlich ab dem ersten Jahr voll zu erfüllen, in dem der Ausschuß den Staat als dem Übereinkommen beigetreten betrachtet. Um den Beitritt von Regierungen, die nicht zu den in Absatz e bezeichneten gehören, zu erleichtern, kann der Ausschuß jedoch vereinbaren, daß die Verpflichtung des beitretenden Mitglieds schrittweise in einem Zeitraum von höchstens drei Jahren erreicht wird, sofern die Verpflichtung im ersten Jahr bei mindestens 10 000 Tonnen oder einem entsprechenden Wert liegt und in jedem Folgejahr um mindestens 5 000 Tonnen oder einen entsprechenden Wert angehoben wird.
- (j) Alle Erzeugnisse, die als Nahrungsmittelhilfe geliefert werden, erfüllen internationale Qualitätsnormen, entsprechen den Ernährungsgewohnheiten und dem Nährstoffbedarf der Empfänger und sind mit Ausnahme von Saatgut für den menschlichen Verzehr geeignet.

Artikel IV
Erzeugnisse

- (a) Vorbehaltlich der in den einschlägigen Verfahrensregeln festgelegten Spezifikationen können die folgenden Erzeugnisse im Rahmen dieses Übereinkommens geliefert werden:
- i) Getreide (Weizen, Gerste, Mais, Hirse, Hafer, Roggen, Sorghum oder Triticale) oder Reis;
 - ii) Erst- und Zweitverarbeitungserzeugnisse aus Getreide und Reis;
 - iii) Hülsenfrüchte;

- (iv) edible oil;
- (v) root crops (cassava, round potatoes, sweet potatoes, yams, or taro), where these are supplied in triangular transactions or in local purchases;
- (vi) skimmed milk powder;
- (vii) sugar;
- (viii) seed for eligible products; and,
- (ix) within the limits of paragraph (b) below, products which are a component of the traditional diet of vulnerable groups, or a component of supplementary feeding programmes, and which meet the requirements set out in Article III (j) of this Convention.
- (b) The amount of food aid provided by a member in any year in fulfilling its commitment in the form of:
- (i) all products included in paragraph (a) (vi) to (viii) of this Article shall not together exceed 15 %, and no product category may individually exceed 7 %, of its commitment excluding transport and other operational costs;
- (ii) all products included in paragraph (a) (ix) of this Article shall not together exceed 5 %, and no product may individually exceed 3 %, of its commitment excluding transport and other operational costs;
- (iii) in the case of commitments expressed as a combination of tonnage and value, the percentages in sub-paragraphs (i) and (ii) above shall be calculated separately for tonnage and value, excluding transport and other operational costs.
- (c) For the purposes of fulfilment of their commitments, members may provide micro-nutrients in conjunction with eligible products. They are encouraged to provide, when appropriate, fortified food aid products, particularly in emergency situations and targeted development projects.
- iv) Speiseöl;
- v) Wurzel- und Knollenfrüchte (Maniok, Kartoffeln, Süßkartoffeln, Jamswurzel oder Taro), wenn diese im Rahmen von Dreiecksgeschäften oder lokalen Käufen geliefert werden;
- vi) Magermilchpulver;
- vii) Zucker;
- viii) Saatgut für geeignete Erzeugnisse sowie
- ix) innerhalb der Grenzen des Buchstabens b Erzeugnisse, die Bestandteil der traditionellen Ernährung schwacher Bevölkerungsgruppen beziehungsweise Bestandteil von Ernährungsergänzungsprogrammen sind und welche die Anforderungen des Artikels III Buchstabe j dieses Übereinkommens erfüllen.
- b) Die Nahrungsmittelhilfemenge, die ein Mitglied in einem Jahr zur Erfüllung seiner Verpflichtung
- i) in Form aller unter Buchstabe a Ziffern vi bis viii genannten Erzeugnisse liefert, darf ohne Transportkosten und sonstige Kosten insgesamt einen Anteil von 15 vom Hundert seiner Verpflichtung nicht überschreiten, wobei eine einzelne Erzeugnisgruppe einen Anteil von 7 vom Hundert seiner Verpflichtung nicht überschreiten darf;
- ii) in Form aller unter Buchstabe a Ziffer ix genannten Erzeugnisse liefert, darf ohne Transportkosten und sonstige operationelle Kosten insgesamt einen Anteil von 5 vom Hundert seiner Verpflichtung nicht überschreiten, wobei ein einzelnes Erzeugnis einen Anteil von 3 vom Hundert seiner Verpflichtung nicht überschreiten darf.
- iii) Bei Verpflichtungen, die als Kombination aus Menge in Tonnen und Wert ausgedrückt sind, werden die unter den Ziffern i und ii genannten Anteile für die Menge in Tonnen und den Wert gesondert berechnet, wobei Transportkosten und sonstige operationelle Kosten nicht berücksichtigt werden.
- c) Die Mitglieder können Mikronährstoffe in Verbindung mit geeigneten Erzeugnissen liefern, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Sie werden ermutigt, insbesondere in Notlagen und für gezielte Entwicklungsvorhaben gegebenenfalls angereicherte Nahrungsmittelhilfeezeugnisse zu liefern.

Article V
Equivalence

- (a) Contributions shall be counted in terms of their wheat equivalent, as follows:
- (i) grain for human consumption shall be equal to wheat;
- (ii) rice shall be determined by the international export price relationship between rice and wheat, in accordance with the methods set out in the Rules of Procedure;
- (iii) products of primary or secondary processing of grains or of rice shall be determined by their respective grain or rice content, in accordance with the specifications set out in the Rules of Procedure;
- (iv) pulses, seed of grain, rice or other food crops, and all other eligible products, shall be based on the costs of acquisition in accordance with the methods set out in the Rules of Procedure.
- (b) In the case of contributions in the form of blends or mixtures of products, only the proportion of the blend or mixture which is made from eligible products shall be counted towards a member's contribution.
- (c) The Committee shall establish a Rule of Procedure to determine the wheat equivalent of fortified products and micro-nutrients.

Artikel V
Äquivalenz

- a) Die Beiträge werden wie folgt in Weizen-Äquivalente umgerechnet:
- i) Getreide für den menschlichen Verzehr entspricht Weizen;
- ii) Reis wird nach den in den Verfahrensregeln festgelegten Methoden anhand des Verhältnisses zwischen den internationalen Ausfuhrpreisen für Reis und für Weizen berechnet;
- iii) Erst- und Zweitverarbeitungserzeugnisse aus Getreide oder aus Reis werden nach den in den Verfahrensregeln festgelegten Spezifikationen anhand ihres jeweiligen Getreide- oder Reisgehalts berechnet;
- iv) Hülsenfrüchte, Saatgut für Getreide, Reis oder andere Nahrungspflanzen sowie alle sonstigen geeigneten Erzeugnisse werden nach den in den Verfahrensregeln festgelegten Methoden auf der Grundlage der Beschaffungskosten berechnet.
- b) Bei Beiträgen in Form von Erzeugnismischungen oder -gemischen wird lediglich der Anteil der Mischung oder des Gemischs auf den Beitrag des Mitglieds angerechnet, der aus geeigneten Erzeugnissen besteht.
- c) Der Ausschuß legt eine Verfahrensregel für die Festsetzung des Weizen-Äquivalents von angereicherten Erzeugnissen und Mikronährstoffen fest.

- (d) Contributions of cash for the purchase of eligible products supplied as food aid shall be evaluated either in accordance with the wheat equivalent of these products, or at prevailing international market prices of wheat, in accordance with the methods laid down in the Rules of Procedure.

Article VI

Carryover and Carryforward

- (a) Each member shall ensure that operations in respect of its commitment for one year are made to the maximum extent possible within that year.
- (b) If a member is unable to provide the amount specified in paragraph (e) of Article III in a particular year, it shall report the circumstances to the Committee as soon as possible and, in any case, no later than the first session held after the end of that year. Unless the Committee decides otherwise, the unfulfilled amount shall be added to the member's commitment for the following year.
- (c) If a member's contribution exceeds its commitment for any year, up to 5 % of its overall commitment, or the amount of the excess, whichever is the smaller, may be counted as part of the member's commitment for the following year.

Article VII

Eligible Recipients

- (a) Food aid under this Convention may be provided to the developing countries and territories which are listed in Annex B, namely:
- (i) least-developed countries;
 - (ii) low-income countries;
 - (iii) lower middle-income countries, and other countries included in the WTO list of Net Food-Importing Developing Countries at the time of negotiation of this Convention, when experiencing food emergencies or internationally recognised financial crises leading to food shortage emergencies, or when food aid operations are targeted on vulnerable groups.
- (b) For purposes of paragraph (a) above, any changes made to the DAC list of Developing Countries and Territories in Annex B (a) to (c) shall also apply to the list of eligible recipients under this Convention.
- (c) When allocating their food aid, members shall give priority to least-developed countries and low-income countries.

Article VIII

Needs

- (a) Food aid should only be provided when it is the most effective and appropriate means of assistance.
- (b) Food aid should be based on an evaluation of needs by the recipient and the members, within their own respective policies, and should be aimed at enhancing food security in recipient countries. In responding to those needs, members shall pay attention to meeting the particular nutritional needs of women and children.
- (c) Food aid for free distribution should be targeted on vulnerable groups.
- (d) The provision of food aid in emergency situations should take particular account of longer-term rehabilitation and development objectives in the recipient countries and should respect

- d) Geldbeiträge für den Kauf von geeigneten Erzeugnissen, die als Nahrungsmittelhilfe geliefert werden, werden nach den in den Verfahrensregeln festgelegten Methoden entweder anhand des Weizen-Äquivalents dieser Erzeugnisse oder anhand der geltenden internationalen Marktpreise für Weizen bewertet.

Artikel VI

Übertragbarkeit der Verpflichtung

- a) Jedes Mitglied stellt sicher, daß die Maßnahmen in bezug auf seine Verpflichtung für ein bestimmtes Jahr möglichst innerhalb dieses Jahres erfolgen.
- b) Kann ein Mitglied die in Artikel III Buchstabe e vorgesehene Menge in einem bestimmten Jahr nicht liefern, so unterrichtet es den Ausschuß so früh wie möglich, spätestens jedoch bei der ersten Tagung, die nach Ablauf dieses Jahres stattfindet, über die Sachlage. Sofern der Ausschuß nicht etwas anderes beschließt, erhöht sich die Verpflichtung des Mitglieds im folgenden Jahr um die nicht gelieferte Menge.
- c) Übersteigt der Beitrag eines Mitglieds seine Verpflichtung für ein bestimmtes Jahr, so können bis zu 5 vom Hundert seiner Gesamtverpflichtung oder die Überschussmenge – je nachdem, welcher Betrag geringer ist – auf die Verpflichtung dieses Mitglieds für das folgende Jahr angerechnet werden.

Artikel VII

Empfangsberechtigte

- a) Nahrungsmittelhilfe im Rahmen dieses Übereinkommens kann den in Anlage B genannten Entwicklungsländern und -gebieten gewährt werden, das heißt
- i) am wenigsten entwickelten Ländern,
 - ii) Ländern der unteren Einkommensgruppe,
 - iii) Ländern der mittleren Einkommensgruppe (unterer Bereich) und anderen Ländern, die zum Zeitpunkt der Verhandlungen über dieses Übereinkommen auf der WTO-Liste der Entwicklungsländer, die Nettoeinführer von Nahrungsmitteln sind, aufgeführt sind, wenn dort Ernährungsnotlagen oder international anerkannte Finanzkrisen herrschen, die zu Nahrungsmittelmangel führen, oder wenn dort gezielt Nahrungsmittelhilfemaßnahmen zugunsten schwacher Bevölkerungsgruppen durchgeführt werden.
- b) Für die Zwecke des Buchstabens a gelten Änderungen der Buchstaben a bis c der vom DAC aufgestellten Liste der Entwicklungsländer und -gebiete in Anlage B auch für die Liste der Empfangsberechtigten im Rahmen dieses Übereinkommens.
- c) Bei der Gewährung ihrer Nahrungsmittelhilfe räumen die Mitglieder den am wenigsten entwickelten Ländern und den Ländern der unteren Einkommensgruppe Vorrang ein.

Artikel VIII

Bedarf

- a) Nahrungsmittelhilfe sollte nur dann gewährt werden, wenn dies die wirksamste und geeignetste Form der Unterstützung ist.
- b) Die Nahrungsmittelhilfe sollte sich auf eine durch den Empfänger und die Mitglieder im Rahmen ihrer jeweiligen Politik vorgenommene Einschätzung des Bedarfs stützen; sie soll darauf gerichtet sein, die Ernährungssicherheit in den Empfängerländern zu erhöhen. Bei der Befriedigung dieses Bedarfs tragen die Mitglieder dem besonderen Nährstoffbedarf von Frauen und Kindern Rechnung.
- c) Nahrungsmittelhilfe zur unentgeltlichen Verteilung soll gezielt schwachen Bevölkerungsgruppen zugute kommen.
- d) Bei der Gewährung von Nahrungsmittelhilfe in Notlagen sollen die längerfristigen Aufbau- und Entwicklungsziele in den Empfängerländern besonders berücksichtigt und wesentlich

basic humanitarian principles. Members shall aim to ensure that the food aid provided reaches the intended recipients in a timely manner.

- (e) To the maximum extent possible, non-emergency food aid shall be provided by members on a forward planning basis, so that recipient countries may be able to take account, in their development programmes, of the likely flow of food aid they will receive during each year of this Convention.
- (f) If it appears that, because of a substantial production shortfall or other circumstances, a particular country, region or regions is faced with exceptional food needs, the matter shall be considered by the Committee. The Committee may recommend that members should respond to the situation by increasing the amount of food aid provided.
- (g) At the time of the identification of food aid needs, members or their partners shall endeavour to consult with each other at the regional and recipient country level, with a view to developing a common approach to needs analysis.
- (h) Members agree, where appropriate, to identify priority countries and regions under their food aid programmes. Members will ensure transparency as to their priorities, policies and programmes, by providing information for other donors.
- (i) Members will consult with each other, directly or through their relevant partners, on the possibilities for the establishment of common action plans for priority countries, if possible on a multi-annual basis.

Article IX

Forms and Terms of Aid

- (a) Food aid under this Convention may be supplied as:
 - (i) grants of food or of cash to be used to purchase food for or by the recipient country;
 - (ii) sales of food for the currency of the recipient country, which is not transferable and is not convertible into currency or goods and services for use by the donor members;
 - (iii) sales of food on credit, with payment to be made in reasonable annual amounts over periods of 20 years or more and with interest at rates which are below commercial rates prevailing in world markets.
- (b) With respect only to food aid counted against a member's commitment, all food aid provided to least-developed countries shall be made in the form of grants.
- (c) Food aid under this Convention provided in the form of grants shall represent not less than 80 per cent of a member's contribution and, to the extent possible, members will seek progressively to exceed this percentage.
- (d) Members shall undertake to conduct all food aid transactions under this Convention in such a way as to avoid harmful interference with normal patterns of production and international commercial trade.
- (e) Members shall ensure that:
 - (i) the provision of food aid is not tied directly or indirectly, formally or informally, explicitly or implicitly, to commercial exports of agricultural products or other goods and services to recipient countries;

liche humanitäre Grundsätze beachtet werden. Die Mitglieder bemühen sich, sicherzustellen, daß die gelieferte Nahrungsmittelhilfe die vorgesehenen Empfänger rechtzeitig erreicht.

- e) Im weitestmöglichen Umfang wird nicht für Notlagen bestimmte Nahrungsmittelhilfe von den Mitgliedern auf der Grundlage der Vorausplanung bereitgestellt, so daß die Empfängerländer voraussichtliche Nahrungsmittelhilfe, die sie während der Geltungsdauer dieses Übereinkommens jährlich erhalten werden, in ihren Entwicklungsprogrammen berücksichtigen können.
- f) Stellt sich heraus, daß in einem bestimmten Land, einer bestimmten Region oder bestimmten Regionen wegen eines beträchtlichen Produktionsdefizits oder aus anderen Gründen ein außergewöhnlicher Nahrungsmittelbedarf besteht, so prüft der Ausschuß die Lage. Der Ausschuß kann empfehlen, daß die Mitglieder auf die Situation reagieren, indem sie die Menge der gelieferten Nahrungsmittelhilfe erhöhen.
- g) Bei der Ermittlung des Nahrungsmittelhilfebedarfs bemühen sich die Mitglieder oder ihre Partner um gegenseitige Konsultationen auf regionaler Ebene und auf Ebene des Empfängerlandes, um bei der Bedarfsanalyse gemeinsam vorzugehen.
- h) Gegebenenfalls vereinbaren die Mitglieder, Länder und Regionen zu ermitteln, die sie im Rahmen ihrer Nahrungsmittelhilfeprogramme vorrangig berücksichtigen. Durch Unterrichtung der anderen Geber sorgen die Mitglieder für Transparenz in bezug auf ihre Prioritäten, ihre Politik und ihre Programme.
- i) Die Mitglieder konsultieren einander unmittelbar oder über ihre jeweiligen Partner in bezug auf die Möglichkeiten, gemeinsame Aktionspläne für vorrangig zu berücksichtigende Länder möglichst auf mehrjähriger Basis aufzustellen.

Artikel IX

Formen und Bedingungen der Hilfe

- a) Nahrungsmittelhilfe im Rahmen dieses Übereinkommens kann in folgender Form geleistet werden:
 - i) durch Schenkungen in Form von Nahrungsmitteln oder Geld zum Kauf von Nahrungsmitteln für oder durch das Empfängerland;
 - ii) durch Nahrungsmittelverkäufe gegen Zahlungsmittel des Empfängerlands, die nicht transferierbar und weder in Zahlungsmittel noch in Waren und Dienstleistungen zur Verwendung durch die Gebermitglieder konvertierbar oder austauschbar sind;
 - iii) durch Nahrungsmittelverkäufe gegen Kredit, wobei die Zahlung in zumutbaren Jahresbeträgen über Zeitspannen von 20 Jahren oder mehr zu Zinssätzen erfolgt, die unter den auf den Weltmärkten geltenden handelsüblichen Zinssätzen liegen.
- b) Nur die auf die Verpflichtung eines Mitglieds angerechnete Nahrungsmittelhilfe für die am wenigsten entwickelten Länder wird ausschließlich in Form von Schenkungen geleistet.
- c) Die in Form von Schenkungen geleistete Nahrungsmittelhilfe im Rahmen dieses Übereinkommens beträgt mindestens 80 vom Hundert des Beitrags eines Mitglieds; die Mitglieder bemühen sich, diesen Anteil nach Möglichkeit schrittweise zu erhöhen.
- d) Die Mitglieder verpflichten sich, Nahrungsmittelhilfetransaktionen im Rahmen dieses Übereinkommens so durchzuführen, daß schädigende Eingriffe in die normalen Strukturen der Erzeugung und des internationalen kommerziellen Handels vermieden werden.
- e) Die Mitglieder gewährleisten, daß
 - i) die Lieferung der Nahrungsmittelhilfe nicht unmittelbar oder mittelbar, formell oder informell, ausdrücklich oder stillschweigend an kommerzielle Ausfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder anderer Waren und Dienstleistungen in die Empfängerländer geknüpft wird;

- (ii) food aid transactions, including bilateral food aid which is monetised, are carried out in a manner consistent with the FAO "Principles of Surplus Disposal and Consultative Obligations".

Article X

Transport and Delivery

- (a) The costs of transporting and delivering food aid beyond the f.o.b. stage shall, to the extent possible, be borne by the donors, particularly in the case of emergency food aid or food aid provided to priority recipient countries.
- (b) In planning food aid operations, due account shall be taken of potential difficulties which may affect transport, processing or storage of food aid, and the effects that the delivery of the aid may have on marketing of local harvests in the recipient country.
- (c) In order to make optimum use of available logistical capacity, members shall establish, as far as possible, with other food aid donors, recipient countries, and any other parties involved in the delivery of the food aid, a co-ordinated timetable for the delivery of their aid.
- (d) Due reference to the payment of transport and other operational costs shall be made in any review of the performance of members under this Convention.
- (e) Transport and other operational costs must be incurred as part of a food aid operation which is also eligible to be reported as part of a member's contribution.

Article XI

Channelling

- (a) Members may provide their food aid bilaterally, through inter-governmental or other international organisations, or non-governmental organisations.
- (b) Members shall give full consideration to the advantages of directing food aid through multilateral channels, in particular the World Food Programme.
- (c) In developing and implementing their food aid operations, members shall make use, whenever possible, of information and competencies available within the relevant international organisations, whether inter-governmental or non-governmental, active in the field of food aid.
- (d) Members are encouraged to co-ordinate their food aid policies and activities in relation to international organisations active in the field of food aid, with a view to strengthening the coherence of food aid operations.

Article XII

Local Purchases and Triangular Transactions

- (a) In order to promote local agricultural development, strengthen regional and local markets and enhance the longer-term food security of recipient countries, members shall give consideration to using or directing their cash contributions for the purchase of food:
- (i) for supply to the recipient country from other developing countries ("triangular transactions"); or,
- (ii) in one part of a developing country for supply to a deficit area in that country ("local purchases").

- ii) Nahrungsmittelhilfetransaktionen, einschließlich der bilateralen Nahrungsmittelhilfe, die monetarisiert worden ist, im Einklang mit den „Grundsätzen für die Verwertung von Überschüssen und Konsultativverpflichtungen“ der FAO durchgeführt werden.

Artikel X

Transport und Lieferung

- a) Die Kosten für den Transport und die Lieferung der Nahrungsmittelhilfe über das Fob-Stadium hinaus werden insbesondere im Fall von Nahrungsmittelnothilfe oder Nahrungsmittelhilfe für vorrangig zu berücksichtigende Empfängerländer soweit möglich von den Gebern getragen.
- b) Bei der Planung von Nahrungsmittelhilfemaßnahmen wird möglichen Schwierigkeiten bei der Beförderung, Verarbeitung oder Lagerung der Nahrungsmittelhilfe sowie den etwaigen Auswirkungen der Hilfiefieferungen auf die Vermarktung der örtlichen Produktion im Empfängerland gebührend Rechnung getragen.
- c) Um die verfügbare logistische Kapazität bestmöglich zu nutzen, erstellen die Mitglieder nach Möglichkeit zusammen mit anderen Gebern von Nahrungsmittelhilfe, den Empfängerländern und sonstigen an der Lieferung der Nahrungsmittelhilfe Beteiligten einen aufeinander abgestimmten Zeitplan für die Lieferung ihrer Hilfe.
- d) Bei jeder Überprüfung der Leistungen der Mitglieder im Rahmen dieses Übereinkommens wird die Zahlung von Transportkosten und sonstigen operationellen Kosten gebührend vermerkt.
- e) Die Transportkosten und sonstigen operationellen Kosten müssen als Teil einer Nahrungsmittelhilfemaßnahme angefallen sein, die ihrerseits auch als Teil des Mitgliedsbeitrags gemeldet werden kann.

Artikel XI

Verteilung

- a) Die Mitglieder können ihre Nahrungsmittelhilfe bilateral, über zwischenstaatliche Organisationen oder sonstige internationale Organisationen oder über nichtstaatliche Organisationen leisten.
- b) Die Mitglieder werden die Vorteile voll berücksichtigen, die mit der Lieferung der Nahrungsmittelhilfe auf multilateralem Weg, insbesondere durch das Welternährungsprogramm, verbunden sind.
- c) Bei der Entwicklung und Durchführung ihrer Nahrungsmittelhilfemaßnahmen nutzen die Mitglieder möglichst die verfügbaren Informationen und Kompetenzen der einschlägigen im Bereich der Nahrungsmittelhilfe tätigen internationalen Organisationen, unabhängig davon, ob es sich um zwischenstaatliche oder um nichtstaatliche Organisationen handelt.
- d) Die Mitglieder werden ermutigt, ihre Politik und ihre Maßnahmen im Bereich der Nahrungsmittelhilfe mit den in diesem Bereich tätigen internationalen Organisationen abzustimmen, um die Kohärenz der Nahrungsmittelhilfemaßnahmen zu verbessern.

Artikel XII

Lokale Käufe und Dreiecksgeschäfte

- a) Um die lokale Entwicklung der Landwirtschaft zu fördern, regionale und lokale Märkte zu stärken und die längerfristige Ernährungssicherheit der Empfängerländer zu erhöhen, ziehen die Mitglieder in Erwägung, ihre Geldbeiträge für den Kauf von Nahrungsmitteln
- i) zur Lieferung an das Empfängerland aus anderen Entwicklungsländern („Dreiecksgeschäfte“) oder
- ii) in einem Teil eines Entwicklungslands zur Lieferung in ein Mangelgebiet dieses Landes („lokale Käufe“) zu verwenden oder zu bestimmen.

- (b) Cash contributions shall not normally be made to purchase food which is of the same type that the country which is the source of supply has received as bilateral or multilateral food aid in the same year as the purchase, or in a previous year if the food aid then received is still being used.
- (c) To facilitate the purchase of food from developing countries, members shall, to the extent possible, provide to the Secretariat such information as is available to them on food surpluses that may exist, or are anticipated, in developing countries.
- (d) Members shall pay particular attention to avoiding harmful effects on low-income consumers due to price changes resulting from local purchases.
- b) Geldbeiträge sind in der Regel nicht dazu bestimmt, Nahrungsmittel zu kaufen, die von der gleichen Art sind wie die Nahrungsmittel, welche das Lieferland in dem Jahr des Kaufs oder in einem früheren Jahr als bilaterale oder multilaterale Nahrungsmittelhilfe erhalten hat, wenn die damals erhaltene Nahrungsmittelhilfe noch verwendet wird.
- c) Um den Kauf von Nahrungsmitteln aus Entwicklungsländern zu erleichtern, übermitteln die Mitglieder dem Sekretariat nach Möglichkeit alle ihnen vorliegenden Angaben über mögliche Nahrungsmittelüberschüsse, die in Entwicklungsländern bestehen oder zu erwarten sind.
- d) Die Mitglieder achten insbesondere darauf, daß sich Preisänderungen aufgrund lokaler Käufe nicht negativ auf einkommensschwache Verbraucher auswirken.

Article XIII

Effectiveness and Impact

- (a) In all food aid transactions, members shall pay particular attention to:
- (i) avoiding harmful effects on local harvests, production and marketing structures, by appropriately timing the distribution of food aid;
- (ii) respecting local food habits and nutritional needs of the beneficiaries and minimising any possible negative effects on their eating habits; and
- (iii) facilitating the participation of women in the decision-making process and in the implementation of food aid operations, thus strengthening food security at the household level.
- (b) Members shall endeavour to support the efforts of governments in recipient countries to develop and implement food aid programmes in a manner consistent with this Convention.
- (c) Members should support and, where appropriate, contribute to strengthening the capacity and competence of recipient governments and the respective civil societies to develop and implement food security strategies to enhance the impact of food aid programmes.
- (d) When food aid is sold within a recipient country, the sale shall be carried out, as far as possible, through the private sector and be based on market analysis. In targeting proceeds from such sales, priority shall be given to projects aiming to improve the food security of beneficiaries.
- (e) Consideration should be given to reinforcing food aid by other means (financial aid, technical assistance etc.) in order to strengthen its capacity to enhance food security and to increase the capacity of governments and civil society to develop food security strategies at all levels.
- (f) Members shall endeavour to ensure coherence between food aid policies and policies in other sectors such as development, agriculture and trade.
- (g) Members agree to consult to the extent possible with all partners concerned at the level of each recipient country to ensure monitoring of the co-ordination of food aid programmes and operations.
- (h) Members shall endeavour to carry out joint evaluations of their food aid programmes and operations. Such evaluation should be based on agreed international principles.

Artikel XIII

Effektivität und Wirkung

- a) Die Mitglieder achten bei allen Nahrungsmittelhilfetransaktionen insbesondere darauf,
- i) negative Auswirkungen auf die lokale Ernte und Produktion sowie auf die lokalen Vermarktungsstrukturen zu vermeiden, indem sie einen geeigneten Zeitpunkt für die Verteilung der Nahrungsmittelhilfe wählen;
- ii) örtlichen Ernährungsgewohnheiten und dem Nährstoffbedarf der Begünstigten Rechnung zu tragen und mögliche negative Auswirkungen auf ihre Ernährungsgewohnheiten auf ein Mindestmaß zu beschränken und
- iii) die Beteiligung von Frauen am Entscheidungsfindungsprozeß und an der Durchführung von Nahrungsmittelhilfemaßnahmen zu erleichtern und so die Ernährungssicherheit auf der Ebene der Haushalte zu verstärken.
- b) Die Mitglieder bemühen sich, die Anstrengungen der Regierungen in den Empfängerländern bei der Entwicklung und Durchführung von Nahrungsmittelhilfeprogrammen in einer Weise zu unterstützen, die mit diesem Übereinkommen im Einklang steht.
- c) Die Mitglieder sollten die Fähigkeit und Kompetenz der Empfängerregierungen und der jeweiligen Bürgergesellschaft unterstützen und gegebenenfalls stärken, um Ernährungssicherungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen mit dem Ziel, die Wirkung von Nahrungsmittelhilfeprogrammen zu steigern.
- d) Wird die Nahrungsmittelhilfe innerhalb eines Empfängerlands verkauft, so erfolgt der Verkauf nach Möglichkeit durch den Privatsektor und auf der Grundlage einer Marktanalyse. Bei der Verteilung der Erlöse aus solchen Verkäufen ist Vorhaben Vorrang einzuräumen, die auf eine bessere Ernährungssicherheit der Begünstigten abzielen.
- e) Es soll geprüft werden, die Nahrungsmittelhilfe durch andere Instrumente (Finanzhilfe, technische Hilfe usw.) zu verstärken, um ihren Beitrag zur Verbesserung der Ernährungssicherheit zu erhöhen und die Fähigkeit der Regierungen und der Bürgergesellschaft zur Entwicklung von Ernährungssicherungsstrategien auf allen Ebenen zu stärken.
- f) Die Mitglieder bemühen sich, die Kohärenz zwischen der Nahrungsmittelhilfepolitik und der Politik in anderen Bereichen wie Entwicklung, Landwirtschaft und Handel sicherzustellen.
- g) Die Mitglieder vereinbaren, nach Möglichkeit alle auf Ebene eines jeden Empfängerlandes beteiligten Partner zu konsultieren, um die Überwachung der Koordinierung von Nahrungsmittelhilfeprogrammen und -maßnahmen zu gewährleisten.
- h) Die Mitglieder bemühen sich, gemeinsame Bewertungen ihrer Nahrungsmittelhilfeprogramme und -maßnahmen vorzunehmen. Solche Bewertungen sollen auf vereinbarten internationalen Grundsätzen beruhen.

- (i) When carrying out evaluations of their food aid programmes and operations, members shall take into consideration the provisions of this Convention relating to the effectiveness and impact of those food aid programmes and operations.
- (j) Members are encouraged to assess the impact of their food aid programmes, channelled bilaterally or multilaterally or through non-governmental organisations, using appropriate indicators such as the nutritional status of the beneficiaries and other indicators related to world food security.

Article XIV

Information and Co-ordination

- (a) Members shall provide regular and timely reports to the Committee on the amount, content, channelling, costs including transport and other operational costs, forms and terms of their contributions in accordance with the Rules of Procedure.
- (b) Members undertake to supply such statistical and other information that may be required for the operation of this Convention, in particular regarding their:
 - (i) aid deliveries, including the purchase of products made as the result of cash contributions, local purchases or triangular operations, and those channelled through international organisations;
 - (ii) arrangements entered into for the future supply of food aid;
 - (iii) policies affecting the provision and distribution of food aid. To the extent possible, these reports shall be submitted in writing to the Executive Director before each regular session of the Committee.
- (c) Members who make contributions in the form of multilateral cash contributions to international organisations shall report the fulfilment of their obligations in accordance with the Rules of Procedure.
- (d) Members shall exchange information on their food aid policies and programmes and the results of their evaluations of these policies and programmes, and shall endeavour to ensure the coherence of their food aid programmes with food security strategies at national, regional, local and household levels.
- (e) Members shall indicate to the Committee, in advance, the amount of their commitment which is not made in the form of grants and the terms of any such aid.

Part III

Administration

Article XV

Food Aid Committee

- (a) The Food Aid Committee, established by the Food Aid Convention of the International Grains Arrangement, 1967, shall continue in being for the purpose of administering this Convention, with the powers and functions provided in this Convention.
- (b) The membership of the Committee shall consist of all parties to this Convention.
- (c) Each member shall designate a representative resident at the seat of the Committee to whom the Secretariat's notices and other communications related to the work of the Committee

- i) Bei der Bewertung ihrer Nahrungsmittelhilfeprogramme und -maßnahmen berücksichtigen die Mitglieder die Bestimmungen dieses Übereinkommens, die die Effektivität und Wirkung dieser Nahrungsmittelhilfeprogramme und -maßnahmen betreffen.
- j) Die Mitglieder werden ermutigt, die Wirkung ihrer auf bilateralem oder multilateralem Wege oder über nichtstaatliche Organisationen durchgeführten Nahrungsmittelhilfeprogramme anhand geeigneter Indikatoren wie des Ernährungszustands der Begünstigten und anderer mit der Welternährungssicherheit zusammenhängender Indikatoren zu bewerten.

Artikel XIV

Information und Koordinierung

- a) Die Mitglieder erstatten dem Ausschuß regelmäßig und rechtzeitig Bericht über Höhe, Zusammensetzung, Verteilung, Kosten, einschließlich Transportkosten und sonstiger operationeller Kosten, Formen und Bedingungen ihrer Beiträge nach den Verfahrensregeln.
- b) Die Mitglieder verpflichten sich zur Bereitstellung der statistischen Daten und sonstigen Angaben, die gegebenenfalls für die Wirksamkeit dieses Übereinkommens erforderlich sind, insbesondere in bezug auf
 - i) ihre Hilfieförderungen, einschließlich des Kaufs von Erzeugnissen aufgrund von Geldbeiträgen, lokalen Käufen oder Dreiecksgeschäften, sowie auf ihre über internationale Organisationen verteilten Hilfieförderungen;
 - ii) ihre Vereinbarungen, die im Hinblick auf die künftige Lieferung von Nahrungsmittelhilfe getroffen wurden;
 - iii) ihre Politik, die sich auf die Bereitstellung und Verteilung von Nahrungsmittelhilfe auswirkt. Diese Berichte werden dem Exekutivdirektor nach Möglichkeit vor jeder ordentlichen Tagung des Ausschusses schriftlich vorgelegt.
- c) Die Mitglieder, die Beiträge in Form von multilateralen Geldbeiträgen an internationale Organisationen leisten, melden nach den Verfahrensregeln die Erfüllung ihrer Verpflichtungen.
- d) Die Mitglieder tauschen Informationen über ihre Nahrungsmittelhilfepolitik und ihre Nahrungsmittelhilfeprogramme sowie die Ergebnisse ihrer Bewertung dieser Politik und dieser Programme aus und bemühen sich, sicherzustellen, daß ihre Nahrungsmittelhilfeprogramme mit den Ernährungssicherungsstrategien auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie auf der Ebene der Haushalte in Einklang stehen.
- e) Die Mitglieder zeigen dem Ausschuß im voraus den Anteil ihrer Verpflichtung an, den sie nicht in Form von Schenkungen leisten, sowie die Bedingungen einer solchen Hilfe.

Teil III

Verwaltungsbestimmungen

Artikel XV

Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß

- a) Der Nahrungsmittelhilfe-Ausschuß, der durch das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen der Internationalen Getreide-Übereinkunft von 1967 eingesetzt wurde, bleibt zum Zweck der Handhabung des vorliegenden Übereinkommens mit den in demselben vorgesehenen Befugnissen und Aufgaben bestehen.
- b) Dem Ausschuß gehören alle Vertragsparteien dieses Übereinkommens an.
- c) Jedes Mitglied benennt einen Vertreter, der seinen Aufenthalt am Sitz des Ausschusses hat und dem in der Regel die Mitteilungen des Sekretariats und sonstige Mitteilungen im

shall normally be addressed. Other arrangements may be adopted by any member in agreement with the Executive Director.

Article XVI

Powers and Functions

- (a) The Committee shall take such decisions and perform such functions as are required to carry out the provisions of this Convention. It shall establish such Rules of Procedure as are necessary for this purpose.
- (b) The decisions of the Committee shall be reached by consensus.
- (c) The Committee shall keep the requirements for food aid in developing countries and the ability of members to respond to those requirements under review.
- (d) The Committee shall keep under review the progress made in attaining the objectives set out in Article I of this Convention, and the fulfilment of the provisions of this Convention.
- (e) The Committee may receive information from recipient countries and consult with them.

Article XVII

Chairman and Vice-Chairman

- (a) At the last statutory session held in each year, the Committee shall appoint a Chairman and a Vice-Chairman for the following year.
- (b) The duties of the Chairman shall be:
 - (i) to approve the draft agenda for each session;
 - (ii) to preside at sessions;
 - (iii) to declare the opening and closing of each meeting and of each session;
 - (iv) to submit the draft agenda to the Committee for adoption at the beginning of each session;
 - (v) to direct the discussions and to ensure observance of the Rules of Procedure;
 - (vi) to accord the right to speak and to decide all questions of order in accordance with the relevant Rules of Procedure;
 - (vii) to put questions and announce decisions; and
 - (viii) to rule on points of order that delegates may raise.
- (c) If the Chairman is absent from a session or any part thereof, or is temporarily unable to fill the office of Chairman, the Vice-Chairman shall act as Chairman. In the absence of the Chairman and the Vice-Chairman, the Committee shall appoint a temporary Chairman.
- (d) If, for any reason, the Chairman is unable to continue to fill the office of Chairman, the Vice-Chairman shall act as Chairman pending the appointment of a new Chairman by the Committee.
- (e) The Vice-Chairman, when acting as Chairman, or the temporary Chairman, shall have the same powers and duties as the Chairman.

Article XVIII

Sessions

- (a) The Committee shall meet at least twice a year in conjunction with the statutory sessions of the International Grains Council. The Committee shall meet also at such other times either

Zusammenhang mit der Tätigkeit des Ausschusses übermittelt werden. Jedes Mitglied kann im Einvernehmen mit dem Exekutivdirektor eine davon abweichende Vereinbarung treffen.

Artikel XVI

Befugnisse und Aufgaben

- a) Der Ausschuß trifft die Entscheidungen und nimmt die Aufgaben wahr, die zur Durchführung dieses Übereinkommens notwendig sind. Er legt die hierfür erforderlichen Verfahrensregeln fest.
- b) Die Beschlüsse des Ausschusses werden durch Konsens gefaßt.
- c) Der Ausschuß überprüft laufend den Nahrungsmittelhilfebedarf in den Entwicklungsländern und die Fähigkeit der Mitglieder, diesen Bedarf zu decken.
- d) Der Ausschuß überprüft laufend die bei der Verwirklichung der in Artikel I dieses Übereinkommens genannten Ziele erzielten Fortschritte sowie die Einhaltung dieses Übereinkommens.
- e) Der Ausschuß kann Auskünfte von den Empfängerländern entgegennehmen und mit ihnen Konsultationen führen.

Artikel XVII

Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender

- a) Auf der letzten satzungsgemäßen Tagung jedes Jahres bestimmt der Ausschuß einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden für das folgende Jahr.
- b) Der Vorsitzende nimmt folgende Aufgaben wahr:
 - i) Er genehmigt den Entwurf der Tagesordnung für jede Tagung;
 - ii) er leitet die Tagungen;
 - iii) er erklärt jede Sitzung und jede Tagung für eröffnet und für geschlossen;
 - iv) er unterbreitet dem Ausschuß zu Beginn jeder Tagung den Entwurf der Tagesordnung zur Annahme;
 - v) er leitet die Beratungen und sorgt für die Einhaltung der Verfahrensregeln;
 - vi) er erteilt das Wort und entscheidet anhand der einschlägigen Verfahrensregeln über Fragen zur Tagesordnung;
 - vii) er formuliert Fragen und verkündet Beschlüsse;
 - viii) er entscheidet über Fragen zur Tagesordnung, die gegebenenfalls von Delegierten aufgeworfen werden.
- c) Nimmt der Vorsitzende an einer Tagung oder an einem Teil einer Tagung nicht teil oder ist er vorübergehend nicht in der Lage, das Amt des Vorsitzenden auszuüben, so nimmt der stellvertretende Vorsitzende die Aufgaben des Vorsitzenden wahr. In Abwesenheit des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden ernennt der Ausschuß einen Vorsitzenden auf Zeit.
- d) Kann der Vorsitzende aus irgendeinem Grund das Amt des Vorsitzenden nicht weiter ausüben, so nimmt der stellvertretende Vorsitzende die Aufgaben des Vorsitzenden wahr, bis der Ausschuß einen neuen Vorsitzenden bestimmt hat.
- e) Der als Vorsitzender fungierende stellvertretende Vorsitzende oder der Vorsitzende auf Zeit hat dieselben Befugnisse und Aufgaben wie der Vorsitzende.

Artikel XVIII

Tagungen

- a) Der Ausschuß tritt mindestens zweimal jährlich in Verbindung mit den satzungsgemäßen Tagungen des Internationalen Getreiderats zusammen. Der Ausschuß tritt außerdem zu

as the Chairman shall decide, at the request of three members, or as otherwise required by this Convention.

- (b) The presence of delegates representing two thirds of the membership of the Committee shall be necessary to constitute a quorum at any session of the Committee.
- (c) The Committee may, when appropriate, invite any non-member government and representatives from other international inter-governmental organisations to attend its open meetings as observers.
- (d) The seat of the Committee shall be in London.

Article XIX
Secretariat

- (a) The Committee shall use the services of the Secretariat of the International Grains Council for the performance of such administrative duties as the Committee may request, including the processing and distribution of documentation and reports.
- (b) The Executive Director shall carry out the directions of the Committee and shall perform such duties as are laid down in the Convention and the Rules of Procedure.

Article XX
Defaults and Disputes

- (a) In the case of a dispute concerning the interpretation or application of this Convention, or of a default in obligations under this Convention, the Committee shall meet and take appropriate action.
- (b) Members shall take account of the recommendations and conclusions reached by consensus by the Committee in cases of disagreement as to the application of the provisions of this Convention.

Part IV
Final Provisions

Article XXI
Depositary

The Secretary-General of the United Nations is hereby designated as the depositary of this Convention.

Article XXII
Signature and Ratification

- (a) This Convention shall be open for signature from 1 May 1999 until and including 30 June 1999 by the Governments referred to in paragraph (e) of Article III.
- (b) This Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval by each signatory Government in accordance with its constitutional procedures. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the depositary not later than 30 June 1999, except that the Committee may grant one or more extensions of time to any signatory Government that has not deposited its instrument of ratification, acceptance or approval by that date.
- (c) Any signatory Government may deposit with the depositary a declaration of provisional application of this Convention. Any such Government shall provisionally apply this Convention in accordance with its laws and regulations and be provisionally regarded as a party thereto.

jedem anderen vom Vorsitzenden bestimmten Zeitpunkt, auf Antrag von drei Mitgliedern oder wenn es sonst aufgrund dieses Übereinkommens erforderlich ist, zusammen.

- b) Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn bei einer Tagung Delegierte anwesend sind, die zwei Drittel der Mitglieder des Ausschusses vertreten.
- c) Der Ausschuß kann gegebenenfalls Nichtmitgliedsregierungen und Vertreter anderer internationaler zwischenstaatlicher Organisationen einladen, als Beobachter an seinen öffentlichen Sitzungen teilzunehmen.
- d) Der Sitz des Ausschusses ist London.

Artikel XIX
Sekretariat

- a) Der Ausschuß bedient sich des Sekretariats des Internationalen Getreiderats für die Erledigung aller Verwaltungsaufgaben, die er verlangt, einschließlich der Erarbeitung und Verteilung von Unterlagen und Berichten.
- b) Der Exekutivdirektor führt die Anweisungen des Ausschusses aus und nimmt die Aufgaben wahr, die im Übereinkommen und in den Verfahrensregeln niedergelegt sind.

Artikel XX
Versäumnisse und Streitigkeiten

- a) Im Fall von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens oder von Versäumnissen gegenüber den Verpflichtungen aus dem Übereinkommen tritt der Ausschuß zusammen und trifft geeignete Maßnahmen.
- b) Die Mitglieder berücksichtigen die Empfehlungen und Schlußfolgerungen, über die der Ausschuß im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Übereinkommens eine Einigung durch Konsens erzielt hat.

Teil IV
Schlußbestimmungen

Artikel XXI
Verwahrer

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird hiermit zum Verwahrer dieses Übereinkommens bestimmt.

Artikel XXII
Unterzeichnung und Ratifikation

- a) Dieses Übereinkommen liegt vom 1. Mai 1999 bis zum 30. Juni 1999 für die in Artikel III Buchstabe e bezeichneten Regierungen zur Unterzeichnung auf.
- b) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch jede Unterzeichnerregierung nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Verfahren. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bis zum 30. Juni 1999 beim Verwahrer hinterlegt; jedoch kann der Ausschuß einer Unterzeichnerregierung, die ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.
- c) Jede Unterzeichnerregierung kann beim Verwahrer eine Erklärung über die vorläufige Anwendung dieses Übereinkommens hinterlegen. Diese Regierung wendet das Übereinkommen nach Maßgabe ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften vorläufig an und gilt als vorläufige Vertragspartei desselben.

- (d) The depositary shall notify all signatory and acceding Governments of each signature, ratification, acceptance, approval, provisional application of, and accession to, this Convention.
- d) Der Verwahrer notifiziert allen Unterzeichnerregierungen und beitretenden Regierungen jede Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und vorläufige Anwendung des Übereinkommens sowie jeden Beitritt zu demselben.

Article XXIII

Accession

- (a) This Convention shall be open for accession by any Government referred to in paragraph (e) of Article III that has not signed this Convention. Instruments of accession shall be deposited with the depositary not later than 30 June 1999, except that the Committee may grant one or more extensions of time to any Government that has not deposited its instrument of accession by that date.
- (b) Once this Convention has entered into force in accordance with Article XXIV, it shall be open for accession by any Government other than those referred to in paragraph (e) of Article III, upon such conditions as the Committee considers appropriate. Instruments of accession shall be deposited with the depositary.
- (c) Any Government acceding to this Convention under paragraph (a) of this Article, or whose accession has been agreed by the Committee under paragraph (b) of this Article, may deposit with the depositary a declaration of provisional application of this Convention pending the deposit of its instrument of accession. Any such Government shall provisionally apply this Convention in accordance with its laws and regulations and be provisionally regarded as a party thereto.

Article XXIV

Entry into Force

- (a) This Convention shall enter into force on 1 July 1999 if by 30 June 1999 the Governments, whose combined commitments, as listed in paragraph (e) of Article III, equal at least 75 per cent of the total commitments of all governments listed in that paragraph, have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or declarations of provisional application, and provided that the Grains Trade Convention, 1995 is in force.
- (b) If this Convention does not enter into force in accordance with paragraph (a) of this Article, the Governments which have deposited instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or declarations of provisional application, may decide by unanimous consent that it shall enter into force among themselves provided that the Grains Trade Convention, 1995 is in force.

Article XXV

Duration and Withdrawal

- (a) This Convention shall remain in force until and including 30 June 2002, unless extended under paragraph (b) of this Article or terminated earlier under paragraph (f) of this Article, provided that the Grains Trade Convention, 1995, or a new Grains Trade Convention replacing it, remains in force until and including that date.
- (b) The Committee may extend this Convention beyond 30 June 2002 for successive periods not exceeding two years on each occasion, provided that the Grains Trade Convention, 1995, or a new Grains Trade Convention replacing it, remains in force during the period of the extension.
- (c) If this Convention is extended under paragraph (b) of this Article, the commitments of members under paragraph (e) of Article III may be subject to review by members before the entry into force of each extension. Their respective commitments, as reviewed, shall remain unchanged for the duration of each extension.

Artikel XXIII

Beitritt

- a) Dieses Übereinkommen liegt für jede in Artikel III Buchstabe e bezeichnete Regierung, die das Übereinkommen nicht unterzeichnet hat, zum Beitritt auf. Die Beitrittsurkunden werden bis zum 30. Juni 1999 beim Verwahrer hinterlegt; jedoch kann der Ausschuß einer Regierung, die ihre Beitrittsurkunde nicht bis zu diesem Zeitpunkt hinterlegt hat, eine oder mehrere Fristverlängerungen gewähren.
- b) Sobald dieses Übereinkommen nach Artikel XXIV in Kraft getreten ist, liegt es für jede andere Regierung als die in Artikel III Buchstabe e bezeichneten Regierungen zu Bedingungen zum Beitritt auf, die der Ausschuß für angemessen hält. Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.
- c) Jede Regierung, die diesem Übereinkommen nach Buchstabe a beitritt oder deren Beitritt der Ausschuß nach Buchstabe b zugestimmt hat, kann beim Verwahrer eine Erklärung über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens bis zur Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde hinterlegen. Diese Regierung wendet das Übereinkommen nach Maßgabe ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften vorläufig an und gilt als vorläufige Vertragspartei desselben.

Artikel XXIV

Inkrafttreten

- a) Dieses Übereinkommen tritt am 1. Juli 1999 in Kraft, wenn die Regierungen, deren in Artikel III Buchstabe e aufgeführte Verpflichtungen insgesamt mindestens 75 vom Hundert der Gesamtverpflichtungen aller in dem genannten Absatz aufgeführten Regierungen entsprechen, bis zum 30. Juni 1999 Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden oder die Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben und sofern das Getreidehandels-Übereinkommen von 1995 in Kraft ist.
- b) Tritt dieses Übereinkommen nicht nach Buchstabe a in Kraft, so können die Regierungen, die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden oder Erklärungen über die vorläufige Anwendung hinterlegt haben, einstimmig beschließen, daß es zwischen ihnen in Kraft treten soll, sofern das Getreidehandels-Übereinkommen von 1995 in Kraft ist.

Artikel XXV

Geltungsdauer und Rücktritt

- a) Dieses Übereinkommen bleibt bis zum 30. Juni 2002 in Kraft, sofern es nicht nach Buchstabe b verlängert oder nach Buchstabe f früher außer Kraft gesetzt wird, vorausgesetzt, daß das Getreidehandels-Übereinkommen von 1995 oder ein neues Getreidehandels-Übereinkommen, das an dessen Stelle tritt, bis zu diesem Zeitpunkt in Kraft bleibt.
- b) Der Ausschuß kann dieses Übereinkommen über den 30. Juni 2002 hinaus um Zeitabschnitte von jeweils höchstens zwei Jahren verlängern, vorausgesetzt, daß das Getreidehandels-Übereinkommen von 1995 oder ein neues Getreidehandels-Übereinkommen, das an dessen Stelle tritt, während der Verlängerungsfrist in Kraft bleibt.
- c) Wird dieses Übereinkommen nach Buchstabe b verlängert, so können die Verpflichtungen der Mitglieder nach Artikel III Buchstabe e einer Überprüfung durch die Mitglieder unterzogen werden, bevor jede Verlängerung in Kraft tritt. Ihre jeweiligen Verpflichtungen aufgrund der Überprüfung bleiben während der Dauer jeder Verlängerung unverändert.

- (d) The operation of this Convention shall be kept under review, in particular with reference to the results of any multilateral negotiations bearing on the provision of food aid, including especially on concessional credit terms, and the need to apply the results thereof.
- (e) The situation with respect to all food aid operations and, in particular, those under concessional credit terms, shall be reviewed before deciding on any extension of this Convention or any new convention.
- (f) In the event of this Convention being terminated, the Committee shall continue in being for such time as may be required to carry out its liquidation, and shall have such powers, and exercise such functions, as may be necessary for that purpose.
- (g) Any member may withdraw from this Convention at the end of any year by giving written notice of withdrawal to the depositary at least ninety days prior to the end of that year. That member shall not thereby be released from any obligations incurred under this Convention which have not been discharged by the end of that year. The member shall simultaneously inform the Committee of the action it has taken.
- (h) Any member which withdraws from this Convention may thereafter rejoin by giving written notice to the Committee and to the depositary. It shall be a condition of rejoining the Convention that the member shall be responsible for fulfilling its commitment with effect from the year in which it rejoins.
- d) Die Wirkungsweise dieses Übereinkommens wird laufend überprüft, insbesondere in bezug auf die Ergebnisse multilateraler Verhandlungen über die Bereitstellung von Nahrungsmittelhilfe und dabei besonders über Kredite zu Vorzugsbedingungen sowie in bezug auf das Erfordernis, diese Ergebnisse anzuwenden.
- e) Bevor über eine Verlängerung dieses Übereinkommens oder ein neues Übereinkommen entschieden wird, wird die Situation aller Nahrungsmittelmaßnahmen und insbesondere der Maßnahmen geprüft, für die Kredite zu Vorzugsbedingungen gelten.
- f) Bei Außerkrafttreten dieses Übereinkommens bleibt der Ausschuß so lange weiter bestehen, wie es zu seiner Auflösung notwendig ist; er hat alle Befugnisse und nimmt alle Aufgaben wahr, die für diesen Zweck erforderlich sind.
- g) Ein Mitglied kann am Ende jedes Jahres durch eine mindestens neunzig Tage vor Ablauf dieses Jahres an den Verwahrer gerichtete schriftliche Rücktrittsanzeige von diesem Übereinkommen zurücktreten. Dieses Mitglied wird dadurch nicht von den Verpflichtungen aus dem Übereinkommen befreit, die bis zum Ende des betreffenden Jahres noch nicht erfüllt sind. Das Mitglied unterrichtet den Ausschuß gleichzeitig von der von ihm getroffenen Maßnahme.
- h) Ein Mitglied, das von diesem Übereinkommen zurücktritt, kann später durch eine schriftliche Anzeige an den Ausschuß und den Verwahrer wieder Vertragspartei werden. Voraussetzung dafür ist, daß das Mitglied sich verpflichtet, seine Verpflichtung mit Wirkung von dem Jahr, in dem es wieder Vertragspartei wird, zu erfüllen.

Article XXVI

International Grains Agreement

This Convention shall replace the Food Aid Convention, 1995, as extended, and shall be one of the constituent instruments of the International Grains Agreement, 1995.

Article XXVII

Authentic Texts

The texts of this Convention in the English, French, Russian and Spanish languages shall all be equally authentic.

Done at London, 13 April Nineteen Ninety-Nine.

Artikel XXVI

Internationale Getreide-Übereinkunft

Dieses Übereinkommen tritt an die Stelle des verlängerten Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1995 und ist eine der Urkunden, welche die Internationale Getreide-Übereinkunft von 1995 bilden.

Artikel XXVII

Verbindliche Wortlaute

Der englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieses Übereinkommens ist gleichermaßen verbindlich.

Geschehen zu London am 13. April 1999.

Anlage A**Transportkosten und sonstige operationelle Kosten****Annex A****Transport and Other Operational Costs**

The following transport and other operational costs associated with food aid contributions are included under Articles II (a) (xx), III, X and XIV of this Convention:

(a) Transport Costs

freight, including loading and discharge
demurrage and dispatch
trans-shipment
bagging
insurance and superintendance
port charges and storage fees in port
temporary warehouse facilities and fees in port and on-route

in-country transport, vehicle hire, tolls and escort, convoy and border fees

equipment hire
aircraft, airlifts

(b) Other Operational Costs

non-food items (NFIs) utilised by beneficiaries (tools, utensils, agricultural inputs)
NFIs provided to implementing partners (vehicles, storage facilities)
costs of counterpart training
implementing partners' operational costs, not otherwise covered as transport costs
milling and other special costs
in-country NGO costs
technical support services and logistics management
project preparation, appraisal, monitoring and evaluation

beneficiary registration
in-country technical services

Folgende Transportkosten und sonstige operationelle Kosten im Zusammenhang mit Nahrungsmittelhilfebeiträgen fallen unter Artikel II Buchstabe a Ziffer xx, Artikel III, X und Artikel XIV dieses Übereinkommens:

a) Transportkosten

Fracht, einschließlich Be- und Entladen
Liege- und Versandkosten
Umladen
Abfüllen in Säcke
Versicherung und Überwachung
Hafengebühren und Gebühren für die Lagerung im Hafen
vorübergehende Lagermöglichkeit sowie Hafen- und Wegegebühren
Transport im Empfängerland, Fahrzeugmiete, Maut, Kosten für Geleitschutz und Transport im Konvoi sowie Grenzabgaben
Miete von Ausrüstung
Flugzeuge, Lufttransport

b) Sonstige Kosten

Von den Begünstigten genutzte Nichtnahrungsmittel (NFI) (Werkzeug, Geräte, landwirtschaftliche Betriebsmittel)
Nichtnahrungsmittel für die ausführenden Partner (Fahrzeuge, Lagermöglichkeiten)
Kosten für die Ausbildung der beteiligten Partner
operationelle Kosten der ausführenden Partner, die nicht bereits als Transportkosten erfaßt wurden
Vermahlungskosten und andere Sonderkosten
Kosten nichtstaatlicher Organisationen im Empfängerland
technische Hilfsdienste und Logistikmanagement
Projektvorbereitung, -beurteilung, -überwachung und -bewertung
Erfassung der Begünstigten
technische Dienste im Empfängerland

Anlage B
Empfangsberechtigte

Annex B
Eligible Recipients

Eligible food aid recipients under Article VII of this Convention refer to Developing Countries and Territories listed as aid recipients by the Development Assistance Committee (DAC) of the OECD, effective as of 1 January 1997, and to countries included in the WTO list of Net Food-Importing Developing Countries, effective as of 1 March 1999.

Als Empfangsberechtigte nach Artikel VII dieses Übereinkommens gelten Entwicklungsländer und -gebiete, die der Ausschuß für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD in seiner seit 1. Januar 1997 gültigen Liste als Hilfeempfänger aufführt, sowie die Länder auf der seit 1. März 1999 gültigen WTO-Liste der Entwicklungsländer, die Nettoeinführer von Nahrungsmitteln sind.

(a) Least-Developed Countries

Afghanistan, Angola, Bangladesh, Benin, Bhutan, Burkina Faso, Burundi, Cambodia, Cape Verde, Central African Republic, Chad, Comoros, Congo Dem. Rep., Djibouti, Equatorial Guinea, Eritrea, Ethiopia, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Kiribati, Laos, Lesotho, Liberia, Madagascar, Malawi, Maldives, Mali, Mauritania, Mozambique, Myanmar, Nepal, Niger, Rwanda, Sao Tome and Principe, Sierra Leone, Solomon Islands, Somalia, Sudan, Tanzania, Togo, Tuvalu, Uganda, Vanuatu, Western Samoa, Yemen, Zambia.

(b) Low-Income Countries

Albania, Armenia, Azerbaijan, Bosnia and Herzegovina, Cameroon, China, Congo Rep., Côte d'Ivoire, Georgia, Ghana, Guyana, Honduras, India, Kenya, Kyrgyz Rep., Mongolia, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Senegal, Sri Lanka, Tajikistan, Viet Nam and Zimbabwe.

(c) Lower Middle-Income Countries

Algeria, Belize, Bolivia, Botswana, Colombia, Costa Rica, Cuba, Dominica, Dominican Republic, Ecuador, Egypt, El Salvador, Fiji, Grenada, Guatemala, Indonesia, Iran, Iraq, Jamaica, Jordan, Kazakhstan, Korea (Democratic Republic of), Lebanon, Macedonia (former Yugoslav Republic), Marshall Islands, Micronesia Federated States, Moldova, Morocco, Namibia, Niue, Palau Islands, Palestinian Administered Areas, Panama, Papua New Guinea, Paraguay, Peru, Philippines, St Vincent & Grenadines, Suriname, Swaziland, Syria, Thailand, Timor, Tokelau, Tonga, Tunisia, Turkey, Turkmenistan, Uzbekistan, Venezuela, Wallis and Futuna, and Yugoslavia Federal Republic.

(d) WTO Net Food-Importing Developing Countries

(not included above)

Barbados, Mauritius, St Lucia, Trinidad & Tobago.

a) Am wenigsten entwickelte Länder

Afghanistan, Angola, Äquatorialguinea, Äthiopien, Bangladesch, Benin, Bhutan, Burkina Faso, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Jemen, Kambodscha, Kap Verde, Kiribati, Komoren, Kongo (Demokratische Republik), Laos, Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malawi, Malediven, Mali, Mauretanien, Mosambik, Myanmar, Nepal, Niger, Ruanda, Salomonen, Sambia, São Tomé und Príncipe, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tansania, Togo, Tschad, Tuvalu, Uganda, Vanuatu, Westsamoa, Zentralafrikanische Republik.

b) Länder der unteren Einkommensgruppe

Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Bosnien und Herzegowina, China, Côte d'Ivoire, Georgien, Ghana, Guyana, Honduras, Indien, Kamerun, Kenia, Kirgisische Republik, Kongo (Republik), Mongolei, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Senegal, Simbabwe, Sri Lanka, Tadschikistan und Vietnam.

c) Länder der mittleren Einkommensgruppe (unterer Bereich)

Ägypten, Algerien, Belize, Bolivien, Botsuana, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Fidschi, Grenada, Guatemala, Indonesien, Iran, Irak, Jamaika, Jordanien, Jugoslawien (Bundesrepublik), Kasachstan, Kolumbien, Korea (die Demokratische Volksrepublik Korea), Kuba, Libanon, Marokko, Mazedonien (ehemalige jugoslawische Republik), Marshallinseln, Mikronesien, Moldau, Namibia, Niue, Palau, Palästinensische Autonomiegebiete, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Philippinen, St. Vincent und die Grenadinen, Suriname, Swasiland, Syrien, Thailand, Timor, Tokelau, Tonga, Tunesien, Türkei, Turkmenistan, Usbekistan, Venezuela, Wallis und Futuna.

d) Entwicklungsländer, die Nettoeinführer von Nahrungsmitteln sind (laut WTO-Liste)

(nicht in den vorstehenden Listen enthalten)

Barbados, Mauritius, St. Lucia, Trinidad und Tobago.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1999 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postbankkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 7,40 DM (5,60 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Preis des Anlagebandes: 13,20 DM (11,20 DM zuzüglich 2,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 14,30 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung zum Europäischen Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über den Straßenverkehr

Vom 24. August 2000

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 20. Dezember 1999 ihre Rechtsnachfolge zu dem Europäischen Zusatzübereinkommen vom 1. Mai 1971 zum Übereinkommen über den Straßenverkehr (BGBl. 1977 II S. 809, 986) mit Wirkung vom 17. November 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. Mai 1998 (BGBl. II S. 1156).

Berlin, den 24. August 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger